

Vom öffentlichen Raum zur privaten Werbefläche

Uni Potsdam verkauft Privatunternehmen Rechte an universitären Wandflächen

Juliane Schumacher

Der Ausverkauf unserer Universität hat begonnen. Seit diesem Semester stehen die Wände der Universität, senkrechte Flächen in Gängen und Seminarräumen, die Fensterbänke und freie Flächen vor Mensa und Vorlesungssälen nicht mehr uns allen gleichermaßen zu. Sie wurden an ein privates Unternehmen, Innovatives Marketing in Hochschulen GmbH (IHM), verpachtet, das nun die exklusiven Nutzungs- und damit Vermarktungsrechte genießt.

Was bedeutet das? Viele, die schon dieser Tatsache wegen aufgehorcht, sich erkundigt haben, werden die Beschwichigungen von Seiten der Universitätsverwaltung kennen: Für die StudentInnen ändert sich nichts, nein, im Gegenteil, alles wird sogar besser. Studentische Informationen finden sich nun ausschließlich auf ausgewiesenen „StudentenInfo“-Pinnwänden, leichter zu finden, übersichtlicher, ordentlicher. Für kommerzielle Werbung werden gut sichtbare große Rahmen und Wandflächen vermietet, unberechtigterweise auf freie Flächen geklebte Information wird entfernt oder mit einem Verwarnungsgeld geahndet.

Alles nicht so dramatisch, meint das Unternehmen, und empfiehlt den Fachschaften, denen es die Wandrahmen entfernt hat, sofort eine Firma, wo sie neue kaufen (!) kann. Manche Gruppen und Zusammenschlüsse interessiert die Veränderung nicht, andere versuchen rasch auf den Zug aufzuspringen, den die Logik der Firma so wunderbar offensichtlich hinstellt, und sich selbst eigene Rahmen/Flächen zu sichern, umso besser, wenn die anderen außen vor sind... Und so argumentiert auch die Universitätsverwaltung: Wenn sich die StudentInnen nur rasch genug mit der Situation anfreunden und sich um genügend Flächen für sich selbst bemühen, profitieren sie ja nur davon.

Sie übersieht dabei, dass es darum nicht geht. Es geht nicht allein darum, dass mit großer Wahrscheinlichkeit bald Plakate der Telekom, der Deutschen Bank und Allianz studentische Informationen verdrängen werden. Das Hauptproblem ist auch nicht, dass den Studierenden nun zu wenig Flächen für ihre eigenen Aushänge zur Verfügung stehen, sei dies der Fall oder nicht. Das wirklich Einschneidende an diesem „Verwaltungs“-Vertrag ist, dass hier ein Stück der Universität veräußert wird, dass ein Stück öffentlichen Raumes im wahrsten Sinne des Wortes verkauft wird: etwas verkauft wird, das so nicht zu verkaufen ist.

Dies mögen viele nicht so empfinden, und das ist nicht nur verständlich, sondern zu erwarten. Wir werden seit vielen Jahren daran gewöhnt, nicht nur Universitäten nicht mehr als öffentlichen Raum oder öffentliche Institution wahrzunehmen, schon der Begriff als solcher wird immer mehr von Marktlogik und Ökonomisierung zerfressen. Öffentlicher Raum als Merkmal jeder Gemeinschaft und Demokratie, als Stätte der Begegnung (die er zwangsläufig ist, da man im Privaten unter sich bleiben oder andere ausschließen kann, dies

POTSDAM

56,11.-

POTSDAM Uni 56,11.- Kleine zusammengesparte Uni im Osten. Einstiegsmodell der GEBÜR-Reihe zum sagenhaft günstigen Studierendenpreis. Rund 17.000 Studis 17.000.56.11

im öffentlichen Raum aber nicht möglich ist), des Austausches, der Konflikte, des Widerspruchs, des Aufeinandertreffens verschiedener Meinungen, Kulturen, Einstellungen, damit ein Raum, in dem sich die politische Meinung bildet, solch ein öffentlicher Raum tritt mehr und mehr in den Hintergrund. Er benötigt für seine Entfaltung Flexibilität, ein gewisses Maß an Freiheit, an Toleranz gegenüber dem Verschiedensein. Wer sich heute die Innenstadt, die Diskussion um den Parkeintritt oder wunderschön: den Potsdamer Bahnhof ansieht, der erkennt, in welche Richtung die Entwicklung des öffentlichen Raumes geht: hin zur Säuberung und Kommerzialisierung. Unsere Uni liegt also mehr als im Trend. Denn die IHM zahlt ihr kaum Geld, kümmert sich jedoch um das „Sauberhalten“ von Gängen und Wänden. Und so verkauft die Universität eben nicht nur ihre Flächen, wie ein Buchladen ein Buch. Hier geht es nicht um ein Stück Wand, sondern um ein Stück der Universität, nicht als Gebäude, sondern Institution, um Kommunikation, um Diskussion. Und es geht um einen ersten Schritt, oder eher den zweiten, dritten, in einer Kette von Entwicklungen in eine Richtung, die von den meisten StudentInnen, ProfessorInnen, kaum wahrgenommen oder zumindest stillschweigend akzeptiert wird. Von der Ordinariatsuniversität, dem Humboldtischen Bildungsideal verpflichtet, aber streng hierarchisch, über die zögernde Demokratisierung nach dem zweiten Weltkrieg bis zur Gruppenuniversität bis Anfang der 90er Jahre spiegeln die Universitäten immer auch die Gesellschaft wieder. Das Ideal von Universitäten als wichtiger Teil einer funktionierenden Demokratie, als zentraler Orte der Diskussion, der Reflexion, der Hinterfragung der der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen, wurde (wie die Demokratie?) nie



vollkommen verwirklicht. Weder die Mitbestimmung noch der dazu nötige freie Zugang ohne „Sortierung“ zum Beispiel nach Vermögensverhältnissen wurden erreicht. Dennoch konnten die Universitäten zeitweise durchaus als eine Institution gelten, die wichtige Impulse in und für die Gesellschaft gab, seien sie technischer, künstlerischer oder politischer Natur.

Nicht nur die Gruppenuniversität, ja die gesamte Universität als öffentliche Institution wurde während der vergangenen zehn Jahre Schritt für Schritt angekratzt und abgebaut, auch das Ideal und die Idee einer Universität als Teil der Demokratie verliert sich mehr und mehr in einer Diskussion um Rentabilität, Profitorientierung und Marktconformität. Die Ökonomisierung der gesamten Lebenswelt, diskutiert, belächelt, verteuelt und verharmlost, und ungeachtet dessen von den Medien und Politik – ungewollt? bewusst? – rasend schnell vorangetrieben, hat auch die Bildung erreicht.

Was mit Abkommen wie dem GATS (Allgemeines Dienstleistungsabkommen) 1995 auf Ebene der Welthandelsorganisation WTO begann, setzte sich über Studien, Empfehlungen und Vorgaben der OECD und der Europäischen Union fort: eine Wandlung des Bildungsverständnisses und der Einschätzungen, wie Bildung gestaltet, wozu sie dienen soll. Das Recht auf Bildung, das wir laut Grundgesetz und laut der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte noch immer besitzen ist dabei, zu einer Ware zu werden. Das öffentliche Gut Wissen, ein Gut, das durch Teilen wächst und freien Austausch benötigt, wird den Prinzipien eines Marktes, der auf Ausschlussprinzip und Rivalität basiert, in seiner wirklichen

Bedeutung immer fremd bleiben. Wie in vielen Bereichen wird hier ein Bereich des öffentlichen Lebens einer simplen ökonomischen Logik geopfert, die dessen Probleme weder lösen kann noch dazu gemacht ist. Orientierung und Werte kann die reine Ökonomie nicht geben, sie kann auf die drängenden Fragen nicht mehr antworten, als wie etwas effizienter und profitabler gemacht werden kann (und das kann Vermarktung eines Produktes ebenso wie ein Völkermord).

Noch immer wird Margaret Thatchers „There is no alternative“ angerufen, um die gewaltigen Änderungen im Denken und den Schwerpunkten durchzupeitschen, die gesamte Entwicklung wird als etwas Unausweichliches dargestellt. Was die Europäische Union längst als ihr Ziel vorgibt: den Handel mit der Ware Bildung, hat seinen Weg in die Köpfe und die Sprache längst gefunden. Da wird von den Studierenden als „Kunden“ geredet, von „Service“, von „Qualitätssteigerung durch Wettbewerb“. All das zeugt von einem Bildungsverständnis, das sich nur noch am Ökonomischen orientiert, an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes, an der „Verwertbarkeit“ jeglicher Aneignung von Wissen, ja des Menschen selbst. Von den Berufswahl-Zeitschriften in der Schule bis hin zur ständigen Wiederholung in Zeitungen und Fernsehen haben wir gelernt, selbst zu den überzeugten AkteurlInnen dieser Entwicklung zu werden: willig das zu wollen, was eigentlich andere wollen, um uns besser an sie verkaufen zu können. An die Universität nur die eine Anforderung zu stellen: uns in möglichst kurzer Zeit möglichst effektiv für den Arbeitsmarkt herzurichten.

Wenn man dieser Logik folgt, ja, dann ist die Folge nur konsequent. Dann sind die StudentInnen keine BürgerInnen mehr, die ihr Recht auf Bildung wahrnehmen, sondern KundInnen, die eine Leistung kaufen. Und die Universitäten sind keine öffentlichen Einrichtungen mehr, sondern Unternehmen, die Profit erwirtschaften, die nach Belieben ausschließen, verwerten, werben, verkaufen, Teil werden einer Privatwirtschaft, die ihre Profitlogik über alle Bereiche des menschlichen Lebens erstreckt.

Dann ist es allerdings die logische Folge, jeden kleinsten Teil der Uni zu verwerten, zu privatisieren und auszulagern, dem einzigen Ziel der Effizienzsteigerung folgend. Und diese Entwicklung ist im Gange, in kleineren und größeren Maßstäben. In Marburg zahlen selbst studentische Gruppen, wenn sie etwas aufhängen möchten, an der HU (ebenfalls privat bewirtschaftet) bekommt man fürs ungenehmigte Aufhängen 50 Euro Ordnungswidrigkeit, und die Bibliothek der TU heißt jetzt Volkswagen-Bibliothek... Wie weit die Entwicklung ist, wird man nicht zuerst an den zunehmenden Privatisierungen merken, sondern daran, wie die StudentInnen, ProfessorInnen und MitarbeiterInnen diese aufnehmen. Das, was so theoretisch und weit weg klingt, ist längst Wirklichkeit – und wird mit dem Verkauf der Universitätsflächen in Potsdam für uns konkreter denn je.

Fortsetzung auf Seite 3 unten.

Nein zu Belegpunkten

Eine Stellungnahme in drei Schritten mit sieben Punkten und einem Lösungsvorschlag. (Seite 2)

von Arne Karrasch

Studiengebühren statt BAföG?

Der absurden Vorschlag der Wissenschaftsministerin Wanka, die Verschuldung der Studierenden zu erhöhen, um damit die sozial schwachen Schichten verstärkt an die Hochschulen zu locken. (Seite 4)

von Arne Karrasch

Rettet den AKAS

Da der Kreis der Aktiven des Arbeitskreises Ausländischer Studierender stark zusammengeschrumpft ist, gibt es nun nur noch zweimal wöchentlich eine Beratung am Studienkolleg. (Seite 5)

von Christian Kube

Bachelor-LehrerInnen braucht das Land

Egal, wie man dem Bachelor gegenübersteht, der BaEd ist einfach schlecht durchdacht: Die Fächer sind nicht aufeinander abgestimmt, aber der BaEd setzt starke Reglementierungen, was wann zu absolvieren ist. (Seite 6)

Sven Landschreiber/Armin Schaeper

Gegen Privatisierung von Bildung, für den Erhalt öffentlicher Räume!



astazeitung dezember 2004 / asta der universität potsdam

Nein zu Belegpunkten

Eine Stellungnahme in drei Schritten mit sieben Punkten und einem Lösungsvorschlag

Arne Karrasch

Prüfungsordnungen mit so genannten „Belegpunkten“ bzw. „Belegungspunkten“ gibt es an der Universität Potsdam seit 1999. Damals waren die Informatikerinnen die ersten Studierenden, die mit diesem System zu Recht kommen mussten. Seitdem zogen nach und nach ein paar weitere Fächer nach, zum Beispiel die Europäische Medienwissenschaft oder die Soziologie. In der Anfangszeit vollzog sich die Einführung ohne größere Debatten von Seiten der Studierenden aus, seit letztem Sommer hat sich dies aber geändert. Damals standen „Zielvereinbarungen“ zwischen dem Wissenschaftsministerium und den Hochschulen in Brandenburg an. Dies bedeutet konkret, dass sich die Hochschulen und das Ministerium auf ein Ziel einigen, dass die jeweilige Hochschule erreichen soll und dafür Geld vom Land erhält. Die Uni schlug als einen Teil der Zielvereinbarungen vor, das Belegpunktesystem flächendeckend einzuführen. Somit kam dieses System aus den einzelnen Fächern heraus, und der damalige AstA beschäftigte sich mit dem Belegpunktesystem. Das Ergebnis war ein klares Nein zu Belegpunkten.

In einem ersten Schritt wurde erreicht, dass die Belegpunkte wieder aus den Zielvereinbarungen herausgenommen wurden und die Uni somit nicht unter dem (finanziellen) Druck steht, das Belegpunktesystem flächendeckend einführen zu müssen. Das anfangs häufig vorgebrachte Argument, der Senat hätte unabhängig von dieser Zielvereinbarung im Frühjahr 2002 bereits die Einführung beschlossen, wird heute von Seiten der Befürworterinnen ebenfalls nicht mehr erwähnt. Wahrscheinlich deswegen, weil sie überzeugt worden sind, dass die Einführung des Belegpunktesystems damals nicht Beschlussgegenstand war, sondern nur als Teil der Begründung – und dort auch nur als eine Möglichkeit der Leistungserfassung – in einem Antrag zur Reform der Prüfungsordnungen aufgeführt wurde. Aber dies nur am Rande.

Schritt 1: Warum brauchen wir ein Belegpunktesystem und wie funktioniert es?

Hier sollte man besten das Pferd von hinten aufzäumen und erklären, wie Prüfungsordnungen bislang ohne das Belegpunktesystem aussahen. In den alten Ordnungen gab es die Unterteilungen zwischen Prüfungsleistungen/ Prüfungen und Studienleistungen. Prüfungen wurden generell von zwei Dozierenden abgenommen und bewertet. Sie konnten bis zu zwei Mal wiederholt werden. Die Note war Bestandteil der Endnote bzw. der Zwischenprüfung/ des Vordiploms. Zumeist wurden diese Prüfungen am Ende eines Studienabschnitts (Ende des Grundstudiums/ des gesamten Studiums) en bloc durchgeführt. Studienleistungen hingegen werden in der Regel von einer Person bewertet, fließen nicht in die Noten ein und können beliebig häufig wiederholt werden. Sie werden meistens studienbegleitend abgelegt – zum Beispiel durch das Schreiben von Hausarbeiten.

Nun kam man zu dem Entschluss, die großen Blockprüfungen am Ende eines Studienabschnittes aufzugeben, stattdessen sollte die Endnote kumulativ über den gesamten Studienzeitraum verteilt erworben werden – studienbegleitend prüfen. Getragen war dieser Entschluss von der Überzeugung, dass die großen Blockprüfungen studienzeitverlängernd wirken, weil viele Studentinnen (allzu) großen Respekt vor den Abschlussprüfungen haben und daher eine Anmeldung tendenziell um ein paar Semester nach hinten verschieben. Durch viele kleinere Prüfungen soll die Hemmschwelle zur Anmeldung gesenkt werden (bzw. es wird der Zwang ausgeübt, sich früher anzumelden, weil eine abgelegte und

BELÄG
699.-



BELÄG 2er-Sofa 699.- Leder "Modern" schwarz. Kein Sofa für langes Verweilen, dafür aber noch etwas kostengünstiger als die Möbel aus GEBÜR-Reihe. 175x88cm, 88cm hoch, 678.458.34

erfolgreiche Prüfung mitunter die Voraussetzung für die Belegung eines weiteren Kurses ist) sowie der hohe Lernaufwand über das gesamte Studium gestreckt werden.

Das Problem an der Sache ist nur, dass die Anzahl der Prüfungen somit drastisch erhöht wird – und im Gegensatz die Studienleistungen wegfällen, weil deren Ergebnisse nicht in die Note einfließen würden. Eine Prüfung verlangt aber einen hohen Aufwand – sowohl für die Verwaltung (Anmeldung fristgerecht beim Prüfungsamt etwa und nicht einfache Abgabe der Hausarbeit bei der Lehrkraft) als auch für die Prüfungsberechtigten, weil immer zwei anwesend sein müssen, um einer möglichen Notenwillkür einer einzelnen Prüferin Einhalt zu gebieten.

Ein solcher Aufwand ist aber aufgrund der knappen Ressourcen der Universität Potsdam nicht leistbar. Also ersann man das Zwitterwesen der „prüfungsrelevanten Studienleistungen“ als Lösung des Problems. Der Charme dieser Erfindung ist, dass man sich von beiden Teilen – den Prüfungsleistungen und den Studienleistungen – das jeweils passende rauspicken kann: man nehme also den Notenerwerb der Prüfungen und mische sie mit dem Aufwand der Studienleistungen (Anmeldung bei der Lehrkraft, nur eine Prüferin) und – schwupps – schon hat man ein schönes System. Nur leider hat es einen kleinen Haken. Eine Begrenzung der Wiederholbarkeit ist nicht pro Leistungsschein möglich. Dieses hat einen juristischen Hintergrund, weil durch eine Begrenzung der Prüfungscharakter zu eindeutig wäre (Leistung wird zur Note gezählt, begrenzte Wiederholbarkeit für die einzelne Prüfung, aber: nur eine Prüferin als einzige Abweichung), und somit wäre der Terminus der „Studienleistung“ materiell nicht mehr zu rechtefertigen gewesen. Aber eine Begrenzung der Wiederholbarkeit muss nach Ansicht der Erfinderinnen schon sein.

Et voila, mal wieder ein schlauer Einfall: wir machen einfach ein globales Konto. Die Orientierung heißt nun also nicht mehr „jede Leistung kann zweimal wiederholt werden, falls man durchfällt“, sondern „im Verlaufe eines Studienabschnitts kann man insgesamt x Mal Leistungen bei Nicht-Erbringung wiederholen“. Und nun ist das Belegpunktesystem theoretisch fertig.

Schritt 2: Die Ausgestaltung in der Realität

Die Realität sieht so aus, dass man am Beginn des Grund- und des Hauptstudiums ein Belegpunktekonto zugewiesen bekommt, das in etwa 125% der Anzahl der zu erwerbenden Leistungspunkte aufweist. Leistungspunkte geben – theoretisch – den studentischen Arbeitsaufwand wider, der für eine Lehrveranstaltung erbracht werden muss. Es ist eine quantitative Maßzahl, die man bei einer erfolgreichen Belegung der Lehrveranstaltung (also das erfolgreiche Erbringen der geforderten Leistung), auf ein separates Konto gutgeschrieben bekommt. Im Verlaufe des Grundstudiums eines Diplomstudiengangs muss man beispielsweise 120 Leistungspunkte erwerben (30 pro Semester). Um diese 120 Punkte zu erreichen, erhält man 150 Belegpunkte. Hier variiert die Anzahl der Belegpunkte von Fach zu Fach, manche Fächer gewähren auch 160 oder 180 Belegpunkte. Während man die Leistungspunkte am Ende des Semesters im Falle einer erfolgreichen Teilnahme erhält, werden die Belegpunkte in der Regel am Beginn des Semesters von dem Konto unwiderruflich abgezogen. Fällt man nun durch eine Klausur durch, so erhält man keine Leistungspunkte, aber die Belegpunkte sind weg. Für einen neuen Versuch muss man erneut Belegpunkte in Höhe der zu erwerbenden Leistungspunkte einsetzen. Dieses Spielchen kann man solange machen, bis das Konto der Belegpunkte niedriger ist als die noch ausstehenden Leistungspunkte. Beispiel: Bei 80 Leistungspunkten auf meinem Konto fehlen mir noch 40 bis zum Ende des Grundstudiums. Solange ich noch 40 oder mehr Belegpunkte habe, ist dies kein Problem – habe ich jedoch nur noch 39 Belegpunkte übrig, weil ich zu häufig eine Prüfung nicht bestanden habe, werde ich automatisch exmatrikuliert. Was zur Folge hat, dass ich dieses Studium endgültig nicht bestanden habe und an keiner deutschen Hochschule erneut aufnehmen kann. Finito.

Die Höhe der Belegpunkte ist daher ein enorm wichtiges Kriterium. Während man bei „Prüfungen“ im herkömmlichen Sinn alles bis zu drei Mal belegen (anders ausgedrückt: zwei Mal wiederholen) konnte, habe ich nun ein globales Konto, das im Durchschnitt zulässt, dass ich jede vierte Prüfung genau einmal wiederholen kann. Natürlich lässt das System auch zu, dass ich eine

Leistung sieben Mal versuchen kann, solange ich alles andere beim ersten Mal bestehe. Jedoch ist es relativ unwahrscheinlich, dass man nach sechsmaligem Durchfallen nun mit einem Mal besteht. Die Wahrscheinlichkeit ist höher, dass man spätestens beim dritten bzw. definitiv letzten Mal sich hinsetzt und den Stoff lernt. Daher wiegt der Vorteil der möglichen vielfachen Wiederholung genau einer Leistung den Nachteil des global niedrigeren Kontos nicht auf. Denn viele Studierende erwischen mal einen „schlechten Tag“, haben „das Falsche gelernt“ oder kamen mit der Prüfungssituation nicht zu recht. Bei einem zweiten Mal sinkt diese Gefahr. Mit dem hier eingeführten Belegpunktesystem ist dies aber nur äußerst beschränkt möglich – es sei denn, das Konto ist derart hoch, dass alle Leistungspunkte, die nicht auf einem reinen „Sitzschein“ basieren (also für deren Erhalt eine Klausur, eine Hausarbeit o.ä. gefordert wird) sich in dreifacher Höhe auf dem Belegpunktekonto wieder finden.

Der zweite Knackpunkt in dem System ist der Zeitpunkt der verbindlichen Anmeldung zum so genannten „Leistungserfassungsprozess“ – also der point of no return. In den allermeisten Ordnungen liegt dieser Punkt sehr früh im Semester. So muss man sich in der Regel bis zum Ende der zweiten Vorlesungswoche angemeldet haben und kann diese Anmeldung binnen einer Woche ohne Sanktionen zurückziehen. Die Studierenden müssen sich mit anderen Worten Ende Oktober entscheiden, welche und wie viele Hausarbeiten und Klausuren sie im Februar und März schreiben wollen. Dies ist absolut nicht hinnehmbar. Das Argument für diese frühe Anmeldung ist, dass damit die Fluktuation innerhalb der Lehrveranstaltungen minimiert wird. Man geht davon aus, dass diejenigen, die sich verbindlich angemeldet haben, die Lehrveranstaltung regelmäßig besuchen (und mitarbeiten), die Unangemeldeten jedoch fortbleiben bzw. nicht zugelassen wurden, und somit ein ruhiges, konzentriertes, qualitativ besseres Lernen und Lehren möglich ist. Eine gute Lehre ist an und für sich ein erstrebenswertes Ziel. Nur sollten die Maßnahmen zur Erreichung nicht auf eine Bestrafung der Studierenden hinauslaufen. Eine sinnvoller und didaktisch klug aufgebauter Kurs trägt viel mehr zur Verbesserung der Lehre bei als das Belegpunktesystem, dass unzufriedene

kurznachrichten

Akkreditierung nur mit studentischer Beteiligung

Der Senat beschloss, dass Akkreditierungsverfahren von Studiengängen zukünftig nur mit studentischer Beteiligung stattfinden. Das betrifft sowohl die Gruppe der Gutachter/innen als auch die Vor-Ort-Begehung, bei der ein Gespräch mit dem zuständigen Fachschafftsrat vorgesehen sein wird. Der AstA begrüßt diese Entscheidung ausdrücklich.

Potsdam stellt bis 2007 auf Bachelor und Master um

Der Senat nahm zustimmend zur Kenntnis, dass sich die Uni Potsdam um eine Förderung durch die Hochschulrektorenkonferenz im Rahmen des „Bologna-Prozesses“ bewirbt. Eine erfolgreiche Bewerbung hätte zur Folge, dass ab dem Wintersemester 2007/08 nahezu alle Studiengänge nur noch in der Bachelor-/Masterstruktur angeboten würden.

Chipkartenprobleme? FUCKPUCK!

Datenschutzbedenken? Lange Schlangen? Keine Bedienungsanleitung für die Automaten? PIN vergessen? Achtung: oft falsche Aufdrucke! Konkrete Fragen an das Service-Telefon: (0331)977-4100 Keine Antwort bei Beschwerden bekommen? Mail an FUCKPUCK@asta.uni-potsdam.de (FUCK = Fehlerhafte UniversitätsChipKarte)

Hochschulen drohen Kürzungen von 20 bis 30 Millionen Euro

Kaum versprochen, schon gebrochen - der Koalitionsvertrag der Landesregierung sah vor, den Wissenschaftsbereich von Kürzungen zu verschonen. Ministerpräsident Platzeck kündigte jetzt Kürzungen von rund 20 Mio im Bildungs- und 20-30 Mio Euro im Wissenschaftsministerium an. Für die einzelnen Hochschulen bedeutet das eine dramatische Verschlimmerung der ohnehin prekären finanziellen Lage.

Studierst Du noch oder kaufst Du schon?

Studierende in ihre Seminare zwingt, weil sie sonst durch den Abzug von Belegpunkten ohne Gegenleistung sanktioniert werden würden. Die Studierenden selbst verfügen im Falle schlechter Lehre über keine Exit-Option mehr. Ebenso ist dieses System vollkommen immun gegen typische studentische Probleme, die im Laufe eines Semesters auftreten können, aber nicht durch eine Härtefall-Regelung (Erstattung der Belegpunkte außerhalb der Fristen, zum Beispiel wegen langer Krankheit) abgedeckt werden. Ein klassischer Fall hierbei ist das Problem der Studienfinanzierung (Probleme mit dem BAföG-Amt, mit den Eltern, mit dem Job,...) oder ein Wohnungswechsel (Ärger mit der Vermieterin, den Mitbewohnerinnen,...). Dann hat man einfach Pech gehabt und wird aufgrund extern verschuldeter Umstände bestraft. Und das bei einem knapp bemessenen Belegpunktekonto. Der Anmeldezeitraum für eine Leistung muss daher so spät wie möglich liegen.

Schritt 3: Konsequenz - Nein zum Belegpunktesystem!

In Anbetracht der eingangs erwähnten Realitäten lehnt der AstA das Belegpunktesystem aus folgenden Gründen ab:

1. die Einstellung gegenüber dem öffentlichen Gut Bildung, die dem Belegpunktesystem innewohnt, ist abzulehnen. Mit dem Belegpunktesystem bekommt man am Beginn des Studiums ein klar definiertes Quantum an Bildung, das man verstudieren kann. Ist dieses Guthaben aufgebraucht, gibt es keine neue Bildung mehr im Rahmen des Studiengangs. Wir sind jedoch der Überzeugung, dass man die Aneignung von Wissen nicht künstlich begrenzen darf. Dieselbe Denkweise ist auch manchen Studiengebührenmodellen, die als Studienkonten daher kommen, immanent: ein bestimmte Menge Bildung wird frei zur Verfügung gestellt, alles, was darüber hinausgeht, muss bezahlt werden. Daher lehnen wir das Belegpunktesystem aus politischen Gründen ab.
2. Das Belegpunktesystem ist sozial ungerecht, weil Studierende mit sozial schwächerem

Hintergrund tendenziell häufiger von externen Faktoren vom Studieren abgehalten werden als Studierende, die sich keine Sorgen um ihre Finanzierung, ihre Unterkunft, gegebenenfalls die Versorgung ihrer Kinder,... machen müssen. Diese Umstände können zu einem Abbruch von Lehrveranstaltungen führen, der durch die Härtefallregelung nicht abgedeckt und somit sanktioniert wird.

3. Aufgrund der geringen Anzahl von Wiederholungsmöglichkeiten (im Vergleich zu herkömmlichen Prüfungen) und der verlangten frühen Anmeldung übt das Belegpunktesystem eine abschreckende Wirkung auf die Prüfungsanmeldung aus, wodurch es zur Verlängerung der individuellen Studienzeit kommt. Zudem wird durch diese Regelungen der strukturelle Druck auf die Studierenden erhöht, da sie im Falle individueller, unvorhergesehener Probleme ihre unwiderrufliche Anmeldung zu Beginn des Semesters einhalten müssen. Ein Verlassen des Kurses aufgrund schlechter Lehre ist ebenfalls nicht mehr möglich.
4. Das Studierverhalten wird negativ beeinflusst. Hier kommt zum einen ein psychologischer Effekt ins Spiel, weil die Unsicherheit vorhanden ist, ob ein Studium außerhalb der Prüfungsordnung ebenfalls mit Belegpunkten versehen ist. Auch wenn dies nicht der Fall ist, so führt alleine diese Befürchtung zu einer abschreckenden Wirkung, einen Blick über den Tellerrand des eigenen Faches hinauszuwerfen. Innerhalb des eigenen Faches führt das Belegpunktesystem zudem zu einer Konzentration auf das Wesentliche. Man wird bei einer Wahlmöglichkeit zwischen mehreren Veranstaltungen nicht mehr zwei Lehrveranstaltungen besuchen und im Verlaufe eines Semesters entscheiden, wo man einen Schein machen möchte, weil der andere Kurs automatisch als „durchgefallen“ bewertet wird. Es wird daher auch innerhalb des eigenen Faches zu einer Fokussierung auf das Wesentliche kommen. Das Argument, dass somit mehr Platz für andere potentielle Teilnehmer/innen an einer Lehrveranstaltung geschaffen wird, wird unter Verweis auf Punkt 1 und die allgemeine Einstellung gegenüber „Bildung“ abgelehnt.

5. Mit dem System wird das Nicht-Abgeben einer Hausarbeit bestraft. Dieses ist vollkommen unverständlich, weil in einem solchen Fall niemanden geschadet wird und dem/der Studierenden auch kein Durchfallen aufgrund unzureichender Leistung (wie etwa beim Schreiben und Nicht-Bestehen einer Klausur) attestiert werden kann.
6. Durch das Belegpunktesystem und die damit einhergehende elektronische Einschreibung und Verwaltung wird der Ablauf des Studiums immer mehr technisiert und somit schwerer erreichbar für „Sonderfälle“ – also beispielsweise für Studierende, die aus unterschiedlichen Gründen nicht an der vorgesehenen Einschreibeprozedur teilnehmen können, aber dennoch an der Lehrveranstaltung teilnehmen möchten. „Sonderfälle“ sind nun mal nicht programmierbar. Probleme mit der Hard- und Software gehen zulasten des Lehrbetriebs.
7. Im Verlaufe der Debatte wurden immer wieder rechtliche Bedenken geäußert, zumeist von Studierenden. Mit Bedauern stellen wir fest, dass erst sehr spät bis gar nicht auf diese Bedenken eingegangen wurde. So ist das „studienbegleitende Prüfen“ noch nicht im Hochschulgesetz berücksichtigt und soll nach Auskunft aus dem zuständigen Ministerium Gegenstand einer neuen Gesetzesnovelle werden. Wie diese Novelle aussieht, ist bislang unklar. Dieselben Bedenken wurden bereits vor der Veröffentlichung der neuen Hochschulprüfungsverordnung von studentischer Seite geäußert, aber größtenteils ignoriert. Das Ende der Geschichte ist, dass nun nach Erscheinen der neuen Verordnung alle Prüfungsordnungen erneut aktualisiert werden müssen, unter anderem deswegen, weil ein diploma supplement zwingend vorgeschrieben wird. Dieser Zusatz zum Abschlusszeugnis ist jedoch bislang nur in wenigen Prüfungsordnungen vorgesehen. Aufgrund dieser Erfahrung - und da das Wissenschaftsministerium die Ansicht vertritt, dass der Exmatrikulationsmechanismus des Belegpunktesystems „Gegenstand weiterer Prüfungen“ sein muss -, ist es unserer Ansicht nach dringend geboten, bis zur endgültigen

Beantwortung der Frage der Exmatrikulation und einer Klärung in Bezug auf die neue Gesetzesnovelle auf die Verabschiedung weiterer überarbeiteter Ordnungen zu verzichten.

Die Alternative

Wir treten ein für ein anderes Prüfungssystem: Um die Fokussierung auf einzelne Lehrveranstaltungen aufzuheben und stattdessen Module gemäß der Definition der Kultusministerkonferenz als „thematisch und zeitlich abgerundete, in sich geschlossene und mit Leistungspunkten versehene abprüfbare Einheiten“ zu behandeln, plädieren wir für Modulprüfungen statt „prüfungsrelevanter Studienleistungen“ für einzelne Veranstaltungen. Die Leistungspunktvergabe erfolgt teils für eine Lehrveranstaltung und teils für eine Modulabschlussprüfung. Die genaue Ausgestaltung dieser Modulprüfungen obliegt den Fächern, es sollte aber in jedem Fall lehrveranstaltungsübergreifend sein.

Studienzeitverkürzung darf nicht durch das Androhen und Ausführen von Strafe erreicht werden. Der weitaus größte Teil der Studierenden studiert nicht um des Studiens willen, sondern weil sie/er einen Abschluss erreichen will. Daher bedarf es keiner zusätzlichen „Motivation“ durch das Belegpunktesystem. Studierende sind erwachsene und denkende Menschen, die für die Organisation ihres Studiums mitunter ein wenig Beratung brauchen, aber kein Sanktionsystem. Daher ist eine umfassende Beratung, insbesondere vor der Aufnahme und zu Beginn eines Studiums, die bessere Alternative als das Belegpunktesystem.

Die Studierendenschaft der Universität Potsdam hat bereits mehrmals ihre Ablehnung gegenüber dem Belegpunktesystem geäußert. Die hier aufgeführten sieben Punkte und den Alternativvorschlag haben sowohl die Versammlung der Fachschaften als auch das Studierendenparlament am 18.11. bzw. 23.11.2004 beschlossen.

Arne Karrasch
Referat für Hochschulpolitik
Email: hopo@asta.uni-potsdam.de

Vom öffentlichen Raum zur privaten Werbefläche

Fortsetzung von Seite 1

Vielleicht wird sich schon in wenigen Wochen niemand mehr für diese Tatsache interessieren, jede Gruppe brav die ihnen zugewiesenen Pinnwände und Rahmen nutzen und sich an den bunten Werbeplakaten auf Gängen und in den Mensen erfreuen.

Ich hoffe nicht. Am vergangenen Mittwoch fanden in Griebnitzsee erste Aktionen eines Bündnisses gegen den Verkauf der Flächen statt. Die Diskussion muss jetzt beginnen. Die Diskussion



um die Flächen, um die Werbung in der Universität, aber auch die darüber, wie diese Uni sein soll, als was Bildung an sich gesehen werden soll. Es reicht nicht, ständig mit dem Argument der leeren Kassen die Diskussion zu ersticken. Sparen ist keine Begründung, nicht für, nicht gegen etwas. Der ständige Verweis auf das feh-

lende Geld ist zur besten Taktik geworden, um davon abzulenken, dass jegliche Verteilung von Geldern eine politische Entscheidung ist, eine Entscheidung, die mensch zu verantworten und zu begründen hat – mit mehr als dem Argument, das sei ein „Sachzwang“. Und so ist es vollkommen gleichgültig, ob die Universitätsverwaltung an dieser Maßnahmen viel, ein wenig oder kein Geld verdient. Sie folgt mit dieser Entscheidung einem Trend - aber sie macht damit auch eine deutliche Aussage, wie sie die Universität sieht. Der Vertrag mit der Firma IHM ist zunächst auf ein Jahr geschlossen. Zeit, darüber zu streiten, zu agieren, Zeit, diesen verkauften öffentlichen Raum zurück zu gewinnen. Vielleicht ist es ein Tropfen auf dem heißen Stein. Aber die Diskussion über die Zukunft und der Wert der Bildung und der Universitäten findet auf vielen Ebenen statt – und auf manchen noch viel zu wenig.

Ich glaube, dass es immer noch viele gibt, die sich wehren ihr Recht auf Bildung aufzugeben, um KundInnen zu sein, die bei einem Unternehmen ein Portion Wissen kaufen. Die sich nicht als „Humankapital“ sehen, das seinen Marktwert mit möglichst vielen marktkonformen Qualitäten erhöht. Die in den Universitäten kein Unternehmen sehen, das ihnen Bildungsservice plus Konsum-Nachhilfe über Werbung bietet, sondern einen öffentlichen Raum. Einen Raum, der frei sein

sollte für alle, für Diskussion und Begegnung und den kritischen Dialog, den unsere Gesellschaft so dringend benötigt. Und die schließlich in Bildung keine Ware sehen, sondern ein Recht eines jeden Einzelnen und eine Basis für das Funktionieren einer Demokratie, eine Voraussetzung für die Möglichkeit der Mitbestimmung, die Teilnahme am politischen Geschehen, für verantwortungsvolles Entscheiden. Wie Prof. Erich Ribolits der Universität Wien in einem Interview vor zwei Jahren schrieb: „Nur gebildete Menschen, die bereit sind, Wissen selbstreflektiv und nicht bloß zum eigenen materiellen Vorteil einzusetzen, können zu einem derartigen [gesellschaftlichen] Diskurs etwas beitragen. Bildung ist das Heraus-treten des Menschen aus der Sphäre des bloßen Nutzens. Über Bildung gewinnt sich der Mensch selbst als freies Wesen und er erkennt – wie es der Erziehungswissenschaftler Heinz-Joachim Heydorn einmal ausgedrückt hat -, dass die Ketten, die ihm ins Fleisch schneiden, vom Menschen angelegt sind, und dass es möglich ist sie auch zu sprengen.“

Juliane Schumacher
Referat für Sozialpolitik
Email: sopo@asta.uni-potsdam.de

Resolution der Versammlung der Fachschaften

Die Versammlung der Fachschaften wendet sich gegen die Privatisierung öffentlicher Räume in der Universität Potsdam.

Es ist ein massiver Angriff auf die Meinungsfreiheit und damit auf die bürgerlichen Grundrechte, wenn private Gesellschaften gegen Bezahlung freie Flächen, wie Wände, Tische und Türen der Uni und des Studentenwerkes, in Werbeflächen umwandeln.

Kommerzielle Anbieter dürfen unserer Meinung nach nicht über die Öffentlichkeit der hochschulinternen und-externen Kommunikation entscheiden.

Konkret soll die Unileitung die Verantwortung für die freien Pinnwände, die Mensen und die Fensterbänke an die Studierendenschaft übertragen, um somit die Kommunikation zwischen den Studierenden zu ermöglichen.

beschlossen am 21.10.2004

kurznachrichten

DAAD: Internationaler Wettbewerb um die besten Wohlstandskinder

Der DAAD, einstmals eine Studierendeninitiative, reduziert in seinem neuen Aktionsprogramm die Internationalisierung der Hochschule auf wirtschaftliche Verwertbarkeit für den „Bildungsstandort Deutschland“. Ziel ist nicht mehr interkultureller Austausch, sondern Konkurrenz um hochqualifizierte Arbeitskräfte. Zielgruppe sind nur noch die privilegierte „weltweit stark umworbenen mobilen Studierenden“. Ausländische Studierende werden zu „zahlenden Kunden“.

Genderzusatzqualifikation wird von Unileitung begrüßt

Die Zusatzqualifikation soll ein größeres Bewusstsein für die Frauen- und Geschlechterforschung schaffen. Die Relevanz der Kategorie Geschlecht betrifft alle Fachbereiche und fordert eine Sichtbarmachung. Studierende sollen diesen freiwilligen Schwerpunkt in ihr Studium integrieren und nachweisen können. Frau Hark (Prof. für Frauenforschung), Frau Stein (Gleichstellungsbeauftragte) und Rektor Loschelder haben bereits ihre Zustimmung geäußert.

Verfassungsgericht: Präsidiale Entscheidungsbefugnisse zulässig

Karlsruhe wies die Klage der Juristischen und Philosophischen Fakultäten u.a. gegen die Gesetzesnovelle von 1999 zurück. Diese sahen die Freiheit der Wissenschaft durch die Verlagerung der Kompetenzen weg von dem demokratisch gewählten Senat bzw. Fakultätsrat auf die Leitungsorgane (DekanIn, PräsidentIn) gefährdet. Wir fordern die Rücknahme des Gesetzes durch die PolitikerInnen und Demokratisierung der Gremien! Keine Autonomie ohne Demokratie!

Workshops für Fachschaften fanden großen Zuspruch

Das VeFa-Präsidium, einzelne Fachschaftsrate und der AstA luden in einer gemeinsamen Aktion zu einem Seminar für Fachschaftsaktive und Interessierte. In verschiedenen Workshops zu Themen wie Öffentlichkeitsarbeit, studentische Evaluation und Finanzen bestand die Möglichkeit, Erfahrungen auszutauschen und neue Ideen für die Gestaltung der Uni zu entwickeln. Die Workshops sollen im nächsten Semester wieder angeboten werden.

Studiengebühren statt BAföG

Demnächst in Brandenburg? Wissenschaftsministerin Wanka wird immer aktiver

Arne Karrasch

Bislang blieb Brandenburg von einem Vorstoß zur Einführung von Studiengebühren weitgehend verschont. Wissenschaftsministerin Johanna Wanka (CDU) hat zwar nie einen Hehl daraus gemacht, dass sie Studiengebühren befürwortet (siehe Artikel „Kein Spiel mit Bildung“ in diesem Heft), jedoch hat sie sich mit konkreten Vorschlägen, Äußerungen und Gesetzesinitiativen im Vergleich zu ihren christdemokratischen Kollegen in anderen Bundesländern zurückgehalten. Seit Anfang November jedoch taucht sie mit ihrer Idee, das BAföG abzuschaffen und statt dessen eine so genannte „Grundsicherung“ einzuführen, verstärkt in der Brandenburgischen Medienlandschaft auf – so etwa in den Potsdamer Neuesten Nachrichten am 15.11. oder in der Märkischen Oderzeitung am 20.11.. Die dort propagierte Idee ist bereits etwas älter, wie auch das Wissenschaftsministerium unumwunden zugibt.

Der Wanka-Vorschlag: Bildungsbeteiligung erhöhen durch Sozialabbau

Schon 1999 schlug das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) vor, die Steuererleichterungen und andere Zuschüsse, die momentan an die Eltern aufgrund ihrer Kinder gehen, direkt an die Kinder auszubezahlen. Vereinfacht gesagt: Kindergeld an die Kinder, die Eltern gehen leer aus. Im Gegensatz dazu wird das BAföG abgeschafft, wodurch nochmals Mittel frei werden würden, die auch den Kindern zugute kommen sollen. So käme man damit auf einen Zuschuss von ca. 250 Euro pro Nase. Nach den Zahlen der 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) verfügen die Studierenden in Ostdeutschland über ein monatliches Einkommen von 666 Euro. Es kommt somit zu einem Fehlbetrag von etwa 400 Euro pro Monat. Gerechnet über zehn Semester fehlen 24000 Euro. In Wankas Gedankenwelt springt für diese Summe, die individuell natürlich höher oder niedriger liegen kann, ein „Darlehen zu äußerst günstigen Konditionen“ in die Bresche. Wohlgermerkt: „zu äußerst günstigen Konditionen“ – von 0% Verzinsung redet niemand. Zu den 24000 Euro kommen ergo noch Zinsen und Zinseszinsen oben drauf. Für den Fall, dass Studiengebühren eingeführt werden, soll es ein Extra-Darlehen geben. Das Ganze empfindet Johanna Wanka als „sozial gerecht“. Sie hat nämlich festgestellt, dass trotz der über 30jährigen BAföG-Geschichte der Anteil der sozial Schwächeren unserer Gesellschaft an den Hochschulen mit derzeit 12% sehr niedrig ist und somit das BAföG anscheinend keine adäquate Förderung darstellt.

Richtige Analyse, falsche Konsequenz. Denn die Schlussfolgerung von Wanka ist nicht, das BAföG auszubauen oder durch eine elternunabhängige Grundsicherung, die ihren Namen auch verdient, zu ersetzen. Nein, nein. Wankas Vorschlag geht dahin, die Verschuldung der Studierenden zu erhöhen, um damit die sozial schwachen Schichten verstärkt an die Hochschulen zu locken. Absurd. Denn gerade ärmere und ‚bildungsferne‘ Familien verhalten sich tendenziell eher ablehnend gegenüber einem Verschuldungsrisiko für einen längeren Bildungsweg mit ungewissem Ausgang.

Statt dessen: Wahre Grundsicherung statt BAföG

Das BAföG, das zur Hälfte als nicht-rückzahlungspflichtiger Zuschuss und zur Hälfte als zinsloses Darlehen bei einer maximalen Schuldengrenze von 10000 Euro gewährt wird, ist mit seiner maximalen Höhe von 585 Euro pro Monat also die bessere Alternative. Zumal die Studierenden einen Rechtsanspruch auf dieses Geld haben. Inwieweit man zukünftig auch einen Rechtsanspruch auf ein „Darlehen zu äußerst günstigen Konditionen“ hat und wie hoch dieses Darlehen sein kann, ist ungewiss. Ein Nachteil beim BAföG

GEBÜR
500.-



GEBÜR Studienplatz 500.- Demnächst vielleicht auch in den Brandenburgischen Filialen des Standortes Deutschland verfügbar. Stufenlos steigerbar., 678.458.34

ist, dass der Zuschuss elternabhängig gezahlt wird. Dem mag man entgegenhalten, dass es doch nur gerecht sei, wenn die Gesellschaft nicht der Arzttochter das Studium bezahlen muss, sondern die Eltern dies tun. Allerdings ergibt sich dadurch eine Abhängigkeit des Kindes gegenüber den Eltern – im schlimmsten Fall erstreckt sich diese Abhängigkeit auch auf die Wahl des Studienfaches, etwa wenn das Kind in die Fußstapfen der Eltern treten und eines Tages die Arztpraxis übernehmen soll. Dabei möchte die Tochter viel lieber Literaturwissenschaftlerin werden.

Um diese Abhängigkeit zu lösen und die Studierenden als eigenständige Menschen in der Gesellschaft anzuerkennen, ist eine Loslösung vom elterlichen Einkommen vonnöten. Mittels eines Steuersystems, das konsequent die Besserverdienenden stärker belastet als die unteren Einkommensschichten, kann auch das Argument, dass die Gesellschaft der Arzttochter das Studium bezahle, entkräftet werden. Denn schließlich finanziert der Arzt über seine Steuern indirekt die Bildung seines Kindes stärker als eine Krankenpflegerfamilie. Eine elternunabhängige, bedarfsorientierte Ausfinanzierung eines Studiums durch die öffentliche Hand sollte daher das Ziel sein. Nur mit einer wirklichen Grundsicherung wird es gelingen, sozial schwächere Familien an die Hochschulen zu bekommen – nicht aber mit dem Ausbau der Finanzierung von Bildung weg von der Gesellschaft und hin zum Individuum. Dann profitieren nur diejenigen, die sich ein Studium ohnehin leisten können.

Die Diskriminierung beginnt früh

Doch mit einer Grundsicherung für Studierwillige alleine ist es nicht getan. Die soziale Diskriminierung beginnt in Wirklichkeit früher. Durch ein selektives, dreigliedriges Schulsystem, durch KiTa-Gebühren, Büchergeld sowie fehlende Ganztagschulen etwa werden schon weit vor

der Entscheidung über die Aufnahme eines Studiums die Weichen für oder gegen den Zugang zur höheren Bildung gestellt. Hier muss die Studierendenschaft für die kommenden Generationen von Studis deutlich Position beziehen und sich für ein Bildungssystem einsetzen, das als Ganzes frei ist von jeglichen sozialen Hürden.

Das gilt auch und insbesondere, wenn es um die Einführung von Studiengebühren geht. Ministerin Wanka gibt allmählich ihre Zurückhaltung auf und schließt sich anderen CDU-Ländern an, wenn es um konkrete Modelle geht (O-Ton: „Es muss ein gemeinsames Konzept von CDU-Ländern geben. Da wäre ich dabei.“ Die CDU-Länder plädieren nahezu geschlossen für Studiengebühren ab dem ersten Semester in Höhe von mindestens 500 Euro.) Ein umfassendes Studiengebührenmodell würde dem ganzen Sozialabbau im Bildungsreich noch die Krone aufsetzen.

Bei 500 Euro pro Semester wäre der Schuldenberg am Ende eines Studiums noch größer als ohnehin schon. Und dann wird von den Absolventinnen zusätzlich verlangt, eine Familie zu ernähren, Arbeitsplätze zu schaffen, ein Haus zu bauen,... Das ist schlichtweg unmöglich. Studierende sind keine eierlegende Wollmilchsäue, sobald sie ihren Abschluss haben. Und vorher schon gar nicht, eher das Gegenteil. Deutschlandweit müssen 68% der Studierenden neben ihrem Studium jobben, und zwar nicht, um sich ein Zweitauto zu kaufen, sondern um den Lebensunterhalt zu finanzieren. Tendenz steigend, wie die periodischen Sozialerhebungen des DSW beweisen. Schon heute ist die Finanzierung der höheren Bildung keineswegs eine rein öffentliche Angelegenheit. Das Kölner Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS) hat in einer Studie für das Jahr 2000 errechnet, dass die Kosten für die Lehre an den Hochschulen und die individuellen Lebenshaltungskosten mit jeweils ca. 14 Milliarden Euro nahezu hälftig zwischen

öffentlicher und privater Hand aufgeteilt sind. Das CDU-Modell verschärft somit die Individualisierung der Kosten und der damit verbundenen Risiken und forciert den Rückzug des Staates aus der Finanzierung von Bildung. Sollte der CDU-Vorschlag Realität werden, würde das Studium voll und ganz zu einer Investitionsentscheidung werden, bei der es hauptsächlich darum geht, wie man am Ende in einen gut bezahlten Job kommt, um die Schulden wieder abzutragen. Persönliche Prioritäten und ein Studium jenseits der ökonomischen Verwertungslogik wären ein Luxus, den sich nur noch wenige Privilegierte leisten könnten. Das kann nicht der Sinn von Bildung und Universität sein.

Wie konfliktfrei das christdemokratisch geführte Wissenschaftsministerium Studiengebühren einführen und das BAföG abschaffen kann ist fraglich. Das „B“ in „BAföG“ steht für „Bundes“ (-ausbildungsförderungsgesetz) und kann somit nicht von einem einzigen Bundesland außer Kraft gesetzt werden, hier wären eine Bundesratsinitiative und die Zustimmung des Bundestages zusätzlich vonnöten. Bei den momentanen Mehrheitsverhältnissen äußerst unwahrscheinlich. Ebenfalls ist fraglich, wie weit die SPD als stärkerer Koalitionspartner in Brandenburg eine Einführung von Studiengebühren mit sich machen lässt. Erst im August 2004 haben die Sozialdemokratinnen auf ihrem Landesparteitag beschlossen, dass sie Studiengebühren ablehnen. Es ist zu hoffen, dass die Genossinnen sich noch lange an ihre bestehende Beschlusslage halten werden.

Arne Karrasch
Referat für Hochschulpolitik
Email: hopo@asta.uni-potsdam.de

kurznachrichten

asta: telefon 0331/977-1225 • fax 0331/977-1795 • email info@asta.uni-potsdam.de • asta im internet: www.asta.uni-potsdam.de

8. Dezember Gender-Filmreihe (21h) female+queer, words+beats

Frauen in der Musikszene überschritten Grenzen und eroberten neue Genres. Katharina Ellerbrock zeigt queere Frauenbands wie „Le Tigre“, die aus der Riotrrrrl-Bewegung der 90er resultierten, sich jedoch vom Punkrock hin zu elektronischer Musik bewegt haben. Vor und hinter der Bühne artikulieren die Musikerinnen Räuberhöhle, Hanin Elias und Peaches ihre Version von Feminismus, Glamour und Revolte. Schopenhauer Str. 16, Eintritt frei

9. Dezember Party Die Ärzte singen für den Park

Die Initiative park frei! veranstaltet eine Ärzte-Party in der olga, um auf die Pläne, Parkeintrittsgebühren einzuführen, aufmerksam machen. Am 20. Dez fällt die Entscheidung „Gebühren Ja oder Nein“ im Verwaltungsrat der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten.
9. Dezember, 19.00 Uhr in der olga, Charlottenstr. 29, Eintritt frei

10. Dezember Aktionstag 51-Euro-Klage hat Geburtstag

Im Rahmen des bundesweiten Adventskalenders gegen Studiengebühren öffnen die brandenburgischen Studierenden ein Protesttürchen! Trotz des Studiengebührenverbots nimmt Brandenburg jedes Semester 51 Euro von uns ein. Die Klage wird am 11.12. vier Jahre alt. Insgesamt schuldet das Land uns inzwischen ca. 17 Mio Euro! Wie viel das ist, wollen wir in der Potsdamer Innenstadt darstellen. Wieviel schuldet Brandenburg Dir?

11. Dezember Mensaparty Rocken gegen Kommerzialisierung,...

... gegen Elitenbildung und für eine gerechte Globalisierung

mit: reizgas, desert, verschiedene DJs für Dissent (Dissent a network of resistance - Against the G8, <http://www.dissent.org.uk>)

11. Dezember, ab 21 Uhr in der Oberen Mensa, Neues Palais, Eintritt: 3 Euro

Studierst Du noch oder kaufst Du schon?

Kein Spiel mit Bildung

Studiengebühren bald ab dem ersten Semester?

Arne Karrasch

Studiengebühren für das Erststudium sind verboten. Punkt. So steht es im Hochschulrahmengesetz. Landesgesetze können davon abweichend in Ausnahmefällen Studiengebühren jedoch vorsehen. So kommt es, dass es in den meisten Bundesländern Studiengebühren für so genannte „Langzeitstudierende“ gibt. Brandenburg macht hierbei eine löbliche Ausnahme – denn bei uns steht in § 2 des Landeshochschulgesetzes, dass das Erststudium bedingungslos gebührenfrei ist. Daran wird auch momentan nicht gerüttelt. Denn die Brandenburgische Landesregierung wartet auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das genau über den oben erwähnten Paragraphen des Hochschulrahmengesetzes urteilen wird. Zusätzlich wird das Gericht noch darüber befinden, ob der Bund die Verfasste Studierendenschaft (also ASTA, Fachschaften) mit Finanzhoheit festschreiben darf. Sollte das Bundesverfassungsgericht feststellen, dass der Bund Studiengebühren für das Erststudium nicht verbieten darf, können die Bundesländer einzeln entscheiden, wie sie verfahren wollen – ebenso bei der Verfassten Studierendenschaft.

Eine mündliche Verhandlung vor dem Gericht fand am 09.11.2004 statt. Über 5000 Studierende nahmen diesen Termin zum Anlass, in Karlsruhe gegen Studiengebühren und für die Verfasste Studierendenschaft zu demonstrieren. Ein Urteil des Verfassungsgerichts wird für Februar/ März 2005 erwartet – eine Prognose lässt sich nur schwerlich äußern. Die Studierendenschaften in ganz Deutschland haben diesen Rahmen jedenfalls zum Anlass genommen, die Kampagne „Kein Spiel mit Bildung“ zu starten. Das Studierendenparlament unterstützt die Intention der Kampagne, indem es sich der allgemeinen Resolution angeschlossen hat.

**JOHANA
500.-**



JOHANA Gebührenspekulation 500.-
Der Preis ist fiktiv und sollte lediglich als sozial vertraglicher Einstiegspreis für den kleinen Geldbeutel angesehen werden. dreh- und wendbar, vor allem aber steuerbar 379.128.90

Wie sieht es im Rest der Republik aus?

In vielen Bundesländern sieht die Lage bedrohlich aus. So propagieren etwa Baden-Württemberg, Niedersachsen, Hamburg (alles CDU-geführte Länder) unverhohlen die Einführung von Studiengebühren ab dem ersten Semester. Sie werden unterstützt von zahlreichen Lobbyorgani-

sationen und Denkfabriken – von der BDA über die Heinrich-Böll-Stiftung bis hin zur taz. Bei der Verfassten Studierendenschaft sieht es nicht viel anders aus. In Baden-Württemberg und Bayern ist sie schon seit Jahrzehnten verboten, in Sachsen-Anhalt ist sie nur noch rudimentär vorhanden. Hessen bastelt gerade ein neues Landesgesetz, das den ASTen das Wasser abgraben könnte. Hier wollen die Studierendenschaften gemeinsam mit den wenigen Gegnerinnen von Gebühren – manchen Gewerkschaften, Parteien und Wissenschaftsverbänden – ein Zeichen dagegen setzen.

Wie sieht es in Brandenburg aus?

In Brandenburg ist die Verfasste Studierendenschaft nicht infrage gestellt. Vor ein paar Monaten hat dies der wissenschaftspolitische Sprecher der CDU, Wieland Niekisch, einmal versucht und wurde zurückgepfiffen. Und bei den Studiengebühren wartet die Landesregierung wie eingangs erwähnt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ab. In einer Antwort auf eine diesbezügliche mündliche Anfrage aus dem Landtag antwortete Wissenschaftsministerin Johanna Wanka jedoch wie folgt: „Sollte eine Aufhebung des Verbots erfolgen, wird sich die Landesregierung für länderübergreifende bundeseinheitliche Lösungen einsetzen und für den Fall einer Einführung von Studiengebühren auf deren Sozialverträglichkeit dringen.“ Holzauge, sei wachsam. Dazu mehr in einem gesonderten Artikel in dieser Ausgabe. Infos zur Kampagne: www.kein-spiel-mit-bildung.de

Arne Karrasch
Referat für Hochschulpolitik
hopo@asta.uni-potsdam.de

Resolution "Kein Spiel mit Bildung" unterstützt vom Studierendenparlament der Universität Potsdam

In der aktuellen öffentlichen Debatte um die Umstrukturierung der Hochschullandschaft geht es um grundsätzliche Fragen der Ausrichtung von Bildung und Wissenschaft. Derzeit klagen 6 Bundesländer vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die 6. Novellierung des Hochschulrahmengesetzes. Dort ist zum einen das Verbot von Studiengebühren für das Erststudium und zum anderen die Beibehaltung beziehungsweise Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft festgeschrieben.

1. Für ein gebührenfreies Bildungssystem ohne soziale Selektion
Studiengebühren sind aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen Gründen abzulehnen. Sie lösen kein einziges der derzeitigen Probleme sondern verschärfen die Krise des Bildungssystems.

Studiengebühren bedeuten die Privatisierung individueller Bildungschancen und -risiken und werden die soziale Selektivität des Bildungssystems weiter verschärfen. Zudem befördern sie eine KundInnenmentalität, die zu einem entsolidarisierten Studierverhalten und der einseitigen Ausrichtung des Studiums an ökonomischen Verwertbarkeitskriterien führen.

Daher fordern wir Studierende ein umfassendes Verbot von Gebühren und eine bedarfsdeckende öffentliche Finanzierung von Bildungseinrichtungen, die als öffentliche Aufgabe zu betrachten sind.

Zudem fordern wir Maßnahmen auf allen Ebenen des Bildungssystems, einschließlich des Schul- und Weiterbildungssektors, die die soziale Schieflage beseitigen und mehr Menschen aus sogenannten bildungsfernen Schichten den Zugang zu Bildung ermöglichen.

2. Gegen die Umstrukturierung von Hochschulen zu Unternehmen auf dem Wissensmarkt

Wir Studierenden wenden uns gegen die einseitige Reduktion des Studiums auf eine Ausbildung für den Arbeitsmarkt. Sehen Hochschulen Studierende nur noch als KundInnen so werden sie von kritisch Mitbestimmenden zu Objekten degradiert, die durch die Ausbildungsmaschinerie zu marktfähigem Humankapital umgewandelt werden sollen. Dies kann aber der gesellschaftlichen Verantwortung von Bildung und Hochschule als Ort der kritischen Reflexion und Weiterentwicklung gesellschaftlicher Prozesse nicht genügen.

3. Für eine demokratisch verfasste Hochschule und den Ausbau studentischer Mitbestimmung

Studierende sind als Lernende und Forschende Mitglieder der Hochschule. Als solche müssen die Möglichkeit haben, ihre Interessen effektiv zu vertreten und an Entscheidungen, welche die Hochschule betreffen mitzuwirken.

Zu diesem Zweck sind die Verfasste Studierendenschaft als selbstverwaltete und unabhängige Vertretung der Studierenden sowie die umfassende Beteiligung der Studierenden in der akademischen Selbstverwaltung unerlässlich.

Daher fordern wir die bundesweite Einführung und Absicherung der Verfassten Studierendenschaft mit Satzungs- und Finanzhoheit als demokratisch legitimierte Vertretung der Studierenden.

Zudem fordern wir den Aus- statt Abbau der Mitbestimmungsrechte von Studierenden in Hochschulgremien auf allen Ebenen.

beschlossen am 21.10.2004

Rettet den AKAS

Engagiert euch im Arbeitskreis ausländischer Studierender

Christian Kube

Im Jahr 2000 wurde an der Universität Potsdam der Arbeitskreis ausländischer Studierender gegründet.

Mit dem Ziel, einen Austausch ausländischer und deutscher Studierender zu schaffen machten sich etwa zehn Menschen an die Arbeit und bald darauf wurden Beratungen zu Themen wie Wohnungssuche, Jobsuche und rechtliche Fragen, die sich auf das Zuwanderungsgesetz beziehen am Studienkolleg und an der Universität angeboten. Außerdem entwickelte sich aber auch ein kulturelles Programm, das von gemeinsamen Kinoabenden an der Universität, Grillabenden und anderen Veranstaltungen ausgefüllt wurde. Neben Freundschaften entwickelten sich ein interkultureller Austausch und ein Forum für Begegnung zwischen Studierenden verschiedenster Nationalitäten und Kulturen.

Derzeit jedoch ist der Kreis der Aktiven zusammengeschrumpft und aufgrund dieses personellen Engpasses gibt es nun nur noch zweimal wöchentlich eine Beratung am Studienkolleg. Obwohl Räumlichkeiten im studentischen Kulturzentrum in der Hermann – Effein Straße zur Verfügung stehen, gibt es derzeit keine Beratung

für ausländische Studierende der Universität und auch das Kulturprogramm pausiert.

Wenn Du an fremden Kulturen interessiert bist und/oder selbst ein Gast aus einem anderen

Öffnungszeiten der Studienberatung für ausländische Studierende:

An der Universität im Raum 268 im Hauptgebäude in Griebnitzsee:

Dienstags 13:00 - 14:00 Uhr
oder nach Absprache
(Mehdi: chbihi@rz.uni-potsdam.de)
Mittwochs 12:30 - 13:30 Uhr (Xhäng)
Donnerstags 16:00 - 17:00 Uhr (Romania)
Freitags 10:30 - 11:30 Uhr (Xhäng, nur bis Ende 2004)

Am Studienkolleg in der Gutenbergstraße (Raum 28):

Donnerstags 13:00 - 14:00 Uhr (Oleg)
Freitags 13:00 bis 14:00 Uhr (Xhäng)

Land hier an der Uni bist, Lust hast, neue Leute zu treffen, anderen von Deinen Erfahrungen mit dem Recht, der Alltags- und Studienorganisation in Deutschland erzählen möchtest, um Ihnen den

Einstieg leichter zu machen bzw. sie nicht die gleichen Fehler machen zu lassen, die Du gemacht hast, dann bist Du herzlich willkommen, Dich im AKAS einzubringen. Da dieser Arbeitskreis kein dogmatischer Verein ist, sind Deine Ideen und Vorschläge, auch wenn sie neu sind, immer willkommen, schließlich leben solche Projekte von den Menschen, die sie machen.

Wenn Du also Lust bekommen hast, melde Dich einfach beim AKAS (akausland@rz.uni-potsdam.de) bzw. beim AKAS-Sprecher Oleg Ioffe (olegioffe@rz.uni-potsdam.de), oder bei mir (internationales@asta.uni-potsdam.de).

Dann wird der AKAS vielleicht demnächst wieder mit mehr Leben gefüllt.

Christian Kube
Referat für Internationales
internationales@asta.uni-potsdam.de

kurznachrichten

13. Dezember Montagskultur Prof. Dr. Dr. Didine v. d. Platenvlotbrug

Daniel Plettenberg ist Prof. Dr. Dr. Didine van der Platenvlotbrug; „Vorlesung“: Montagskultur, Wissenschaft und Travestie treffen aufeinander
Die multidiadische Verfasstheit als Situation der Situationen, oder über die Extensionen des Individuums. Verluste und Gewinne im Reich der Ich-Definitionen: das Atmosphärische der Tunte.
13. Dezember, 20 Uhr im Audimax, Neues Palais, Eintritt frei

15. Dezember Gender-Filmreihe Kids (Beginn 21 Uhr, Eintritt frei)

Telly und Jennie küssen sich. Jennie hat noch nie mit einem Jungen geschlafen. Jungfrauen „knacken“ - darauf steht der 17-jährige Telly. „Jungfrauen sind geil. Und du kannst dir nichts holen.“ Zuerst hat Jennie Angst, doch dann kommt Telly zum Ziel. Danach wimmelt er Jennie ab. Später sitzen die Mädchen bei Ruby zusammen und reden über Sex. Jennie erzählt, dass sie entjungfert wurde. Noch weiß sie nicht, daß Telly AIDS hat...
Ort: Kunstwerk Schopenhauer Str. 16

16. Dezember Vortrag & Gespräch Frauen im Abschiebeknast

Welche Erfahrungen machen Frauen in der Abschiebehaft und wie gehen sie mit ihr um? Was bedeutet Abschiebehaft für die inhaftierten Frauen, was macht sie mit ihnen und welche Strategien und Perspektiven entwickeln sie im Umgang mit der Haftsituation? Wie wird in der Abschiebehaft, als auf den ersten Blick nicht alltäglicher, sondern ungewöhnlich und extrem wahrgenommener Situation, Alltag erlebt?
16. Januar, 20 Uhr im Sputnik

10. Januar Montagskultur Zuckerbabies

Die Popautorin Kerstin Grether aus Berlin liest „Zuckerbabies“, einem zynischen Roman über das aufregende - und aufzehrende - Leben in der heutigen Casting-Gesellschaft. Alles dreht sich um eine Horde abenteuerlustiger „Mädchen“, die mehr wollen, als das Leben auf den ersten Blick bereit ist herauszurücken...
10. Januar, 20 Uhr im Archiv/Atelier, Leipziger Str. 60, Eintritt frei

asta: telefon 0331/977-1225 • fax 0331/977-1795 • email info@asta.uni-potsdam.de • asta im internet: www.asta.uni-potsdam.de

Bachelor-LehrerInnen braucht das Land

Was in der Werbung für den Lehramt-Bachelor nicht gesagt wurde

Der Bachelor of Education ist ein erster berufsqualifizierender Abschluss außerhalb des Lehramts. Deshalb zur Orientierung:

10 Dinge, wozu der Lehramtsbachelor gut ist

- Du kannst damit vor deinen FreundInnen protzen, solange die auch nichts damit anzufangen wissen – sonst gelingt selbst das nicht und du ernstest nur höhnisches Gelächter.
- Du kannst damit deinen Nebenjob zum Beruf machen (z.B. VerkäuferIn in einem Supermarkt deines Vertrauens).
- Du hast einmal in deinem Leben einen Nachweis bekommen, dass du studiert hast und kannst danach eine Ausbildung (etwas Vernünftiges) beginnen.
- Du kannst dein Bachelor-Abschlusszeugnis in der Videothek als Pfand geben und dich mit den ausgeliehenen Sachen aus dem Staub machen. (So etwas können wir aber auf gar keinen Fall gut heißen!)
- Du kannst damit ins europäische Ausland gehen, den Bachelor of Education vorlegen und dumm angeschaut werden.
- Du kannst einen Antrag auf Sozialhilfe stellen (das geht immer).
- Du kannst dich jahrelang als LehrerIn bewerben und nicht wissen, warum du immer wieder abgelehnt wurdest.
- Hausfrau bzw. Hausmann kannst du auch damit werden.
- Du kannst eine Ich-AG gründen und SchülerInnen nachmittags Nachhilfe geben. Das hat auch den Nebeneffekt, dass du immer ausschlafen kannst.
- Du kannst dich fürs Masterstudium bewerben, weil du ja LehrerIn werden möchtest und hoffen, irgendwann mal dafür angenommen zu werden. In der Zwischenzeit kannst du ja deine Zeit mit den oben genannten Anregungen verbringen.

Sven Landschreiber/Armin Schaeper

Die Uni-Leitung, vor allem Frau Prof. Haßler, die Prorektorin für Lehre und Studium, wird nicht müde, den Druck zum Wechsel in die Lehramt-Bachelor-Studienordnungen zu erhöhen. Der vorläufige Höhepunkt wurde durch einen Standpunktartikel in den Potsdamer Neuesten Nachrichten markiert, als Frau Prof. Haßler erneut den Prozess zur Umstellung auf Bachelor- und Master-Ordnungen beschrieb, hier jedoch merkwürdigerweise durchgängig und fast ausschließlich Vorteile zu erkennen glaubte. Das Referat Lehramt sieht ebenfalls, dass der Übergang hin zu Bachelor- bzw. Master-Ordnungen wegen der Bestimmungen im Brandenburgischen Lehrerbildungsgesetz nicht zu verhindern sein wird. Wir wollen jedoch nicht verschweigen, welche Risiken und Hindernisse der Weg bringt, den die Uni-Leitung mit einer überstürzten Einführung (gepaart mit immensem Druck auf Studierende wie Lehrende) gewählt hat.

Vor einigen Jahren, lange vor der Zeit von Bachelor- und Master-Besessenheit, beschloss man, die Lehramtsfächer (ebenso wie Diplomfächer) zu modularisieren. Diese Studienreform, gedacht zur Modernisierung der Lehre, scheiterte, da meistens lediglich die schon in alten Studienordnungen festgelegten Kurse in Module zusammengefasst wurden, ohne die eigentlichen Studienanforderungen zu überdenken und anzupassen. Es führte letztendlich dazu, dass Fächer sich aus dem Prozess der Modularisierung wieder verabschiedeten.

Der Bachelor und Master (bzw. ihre Ordnungen) basiert nun ebenfalls auf Modularisierung. Seine Einführung für das Lehramt brach mitten in die Debatte um Sinn und Unsinn von modularisierten Veranstaltungen. Anstatt an dieser Stelle den bereits begonnenen Prozess der Umstellung behutsam weiterzuverfolgen, wurde den Fächern quasi die Pistole auf die Brust gesetzt: Innerhalb eines halben Jahres sollten sie fertige, modularisierte Bachelor-/Master-Ordnungen vorlegen. Das Resultat kann sich wahrlich sehen lassen: Nach diesem Zeitraum existierte keine einzige gültige Ordnung.

Grundlage für die Einführung von Bachelor und Master ist eine Erprobungsklausel im Brandenburgischen Lehrerbildungsgesetz. Um Chaos

trikulationen erst mit gültigen Bachelor-Ordnungen vorgenommen werden können. Frau Prof. Haßlers Aussage („der schwerwiegende Systemwechsel [...] hat in diesem Semester tatsächlich begonnen“) ist also eine klare Unterwanderung des Senatsbeschlusses. Die Darstellungen (unter anderem von Frau Prof. Haßler auf der zentralen LehramtserstsemesterInnen-Einführungsveranstaltung in Golm), man solle schon wie im Bachelor-Studium studieren, stehen ebenso in klarem Widerspruch zur Senatsentscheidung. Die Aussage (inzwischen von der Uni-Leitung zurückgenommen), man würde keine Rücksicht mehr auf Studierende mit Ziel Staatsexamen nehmen, stand nicht nur im Gegensatz zum geltenden Recht, sondern ist auch taktlos bis erpresserisch. Auf der Parallelspur wurde der Druck auf die Fächer, Ordnungen zu erstellen, erhöht. Bisher jedoch nur mit mäßigem Erfolg, offenbar erkennen die Fächer durchaus, dass Studien- und Prüfungsordnungen besser nicht mit der heißen Nadel gestrickt werden sollten, schließlich sind sie nicht nur ein paar Monate von Belang und entscheiden nicht unmaßgeblich über das Studium.

Nicht zuletzt ist beim Bachelor of Education (BaEd) einiges unklar. Ziel der Umstellung auf Bachelor- und Masterabschlüsse war es, internationale Vergleichbarkeit zu erreichen. Nun ist aber gerade der BaEd nicht international anerkannt, weil er eine deutsche Erfindung ist. Egal, könnte man meinen, er soll ja „bloß“ zum Lehrer in Deutschland qualifizieren. Genau das aber leistet der BaEd auch nicht: Laut den Ordnungen der Fächer qualifiziert er zu einem Beruf außerhalb des Lehramts! (Das lasse man sich am besten bei einer Tasse Tee auf der Zunge zergehen.) Das Argument hierfür war, dass den Lehramtsstudierenden nach Abschluss mit BaEd ermöglicht werden soll, ein Master-Fachstudium in einem ihrer Fächer aufzunehmen. Nach Aussage von Frau Prof. Haßler in den PNN würden viele Lehramtsstudierende ein solches Studium aufnehmen, ohne eigentlich LehrerInnen werden zu wollen. Dieser gedankliche Ansatz ist fragwürdig, denn mit der gleichen Begründung sollte man auch einen Grundkurs Rasenpflege oder Ticketverkauf mit in den Pflichtstudienplan aufnehmen. Man weiß ja nie, was wird... Fragwürdig an diesem Ansatz ist aber vor allem, ob ein BaEd tatsächlich zu einem Master-Fachstudium qualifiziert. Hier wird eine eindeutige Positionierung der Uni-Leitung – verschriftlicht in den Ordnungen – schmerzlich vermisst. Die Master-Muster-Ordnung drückt sich in diesem Punkt sogar gegenteilig aus! Auch eine deutschlandweite Vergleichbarkeit ist mit dem BaEd nicht gegeben. Jede Uni verfolgt ihr eigenes Konzept, jeder BaEd hat je Fach und Uni eine eigene Ausgestaltung.

Egal, wie man dem „normalen“ Bachelor (d.h. dem „Vordiplom-Ersatz“) gegenübersteht, der BaEd ist einfach schlecht durchdacht: Die Fächer sind nicht aufeinander abgestimmt, aber der BaEd setzt starke Reglementierungen, was wann zu absolvieren ist. Die Uni Potsdam ist gesetzlich verpflichtet, die Studierbarkeit in Regelstudienzeit sicherzustellen. Wie will sie garantieren, dass man trotz Studiums an mehreren (Regelfall: 3) Standorten, mit zu Modulen zusammengepressten Lehrveranstaltungen und ohne zeitliche oder verkehrstechnische Abstimmung den BaEd nach 6 Semestern bekommt?

Grundlage für ein ordentliches BaEd-Studium wäre ein gesicherter allgemeiner Rahmen. Dieser existiert jedoch leider noch überhaupt nicht, das kümmert die Uni-Leitung aber nicht; die Fächer sollen schon einmal die Details ausarbeiten. Wie soll das gehen? Wenn Frau Prof. Haßler dies als „produktive Unruhe“ empfindet, könnte das eine Fehl Wahrnehmung sein. Wie ist sonst zu erklären, dass sich Fächer dem Prozess der Umgestaltung verweigern, bis die Hausaufgaben erledigt wurden und endlich Transparenz herrscht? Nicht ein-

mal der Rahmen für den erziehungswissenschaftlichen Pflichtteil war bis Anfang Oktober klar (zur Erinnerung: Oktober = Semesterbeginn). Auch das verpflichtende Praxissemester im Master-Studium ist noch vollkommen ungeklärt – ein weiterer Unsicherheitsfaktor für die Fächer und damit die Studierenden. Auch fehlt uns – neben einer mündlichen Zusage (wie bindend diese ist, kann sich jeder vorstellen) – die klare Positionierung der Uni-Leitung in Fragen des Master-of-Education-Zugangs (MaEd): Wenn die Uni-Leitung es schafft, dem Ministerium zu diktieren, wie studienbegleitende Prüfungen auszusehen haben, wieso schafft sie es nicht, einen unbeschränkten MaEd-Zugang nach BaEd (UP) gesetzlich garantieren zu lassen (oder will sie es nicht schaffen)?

Frau Prof. Haßler behauptete sinngemäß in den PNN, der BaEd mit seinen studienbegleitenden Prüfungen bedeute, nun würden die Studierenden endlich einmal durchgängig Leistung zeigen müssen. Damit wird impliziert, bisher wären alle Studierenden und Lehrämter (als ehemalige Studierende) unfähig oder faul oder hätten bisher nichts leisten müssen. Dies zeugt nicht nur von Realitätsferne, sondern auch von Respektlosigkeit. Wenn unterstellt wird, man würde nichts in Kursen tun, für die man keine Prüfung ablegt, hat man wohl das falsche Lehrkonzept. Merkwürdig ist auch, dass die Uni-Leitung nicht schon viel früher auf das vermeintliche Defizit hingewiesen hat. Vielleicht war es gar nicht existent, sondern ist nur ein vorgeschobener Grund?

Wird dem AstA von Frau Prof. Haßler vorgeworfen, er würde verlässlich Chaos erzeugen, so hat dies zwei Seiten. Zum einen freut uns, dass Frau Prof. Haßler uns für verlässlich hält. Zum anderen bedauern wir, dass Frau Prof. Haßler die Äußerung, es würde sowohl Gründe für den Wechsel zum BaEd als auch dagegen geben, als einseitig empfindet. Offenbar hält sie ihre knapp 3/4-stündigen Erstie-Begrüßungs(!)-Äußerungen zu den Vorteilen vom Wechsel hin zum BaEd für ausgewogen. Anschlussgespräche mit den Studierenden – sowohl nach ihrer Rede als auch nach einigen Facheinführungsveranstaltungen – haben einen entgegengesetzten Eindruck hinterlassen.

Frau Prof. Haßler erwähnt lobend die Fachschaften und Dozenten, die jetzt versuchen, die Ordnungen bestmöglich umzusetzen. Wir möchten diesen ebenfalls danken, dass sie unermüdlich versuchen, die größten Trümmerteile, die durch den rasanten Einschlag größte Verwüstung verursacht haben, zur Seite zu räumen.

Zu guter Letzt für alle, die sich entscheiden sollten, trotz der vielen guten, von Frau Prof. Haßler angeführten Gründe für den BaEd, auf Staatsexamen zu studieren, hier noch ein wichtiger Hinweis – nicht nur für Erstsemester, sondern für alle Lehramtsstudierenden mit dem Abschluss Staats-examen:

Die letzte Zwischenprüfung zum Staatsexamen muss bis zum

31.03.2007

abgelegt worden sein, das letzte Staatsexamen bis zum

31.12.2011!

Sven Landschreiber
Armin Schaeper
Referat für Lehramt
Email: lehramt@asta.uni-potsdam.de

BACHELÖR 367.-



BACHELÖR Karriereleiter 367.-
Eigentlich unbezahlbar, an der Universität Potsdam aber als sehr abgespeckte Version schon ab 367,- zu haben. Zukünftige massive Preissteigerungen sind wahrscheinlich, daher jetzt zugreifen! 6 Semester lang, 448.375.24

kurznachrichten

Onlineeinschreibung mit PULS An die Computer, fertig, los!

Zum Einschreiben in Veranstaltungen müssen Studierende bald nicht mehr vor Papierlisten, sondern vor ZEIK-Computern Schlange stehen. Es sei denn, natürlich, sie gehören zu den Privilegierten und haben Computer mit schnellen Internetverbindungen zu Hause.

Im Sommer wurden bereits die ersten Semester der Studiengänge Psychologie und Informatik auf das online-Einschreibungssystem PULS (Potsdamer Universitäts Lehr- und Studienorganisations-

portal) umgestellt, im WiSe folgen die restlichen Semester und die Studiengänge LER und Europäische Medienwissenschaften, der Testkreis wird damit auf 1500 Personen erweitert. Nach und nach soll dann der gesamte Vorlesungsbetrieb online organisiert werden. Bereits jetzt richtet die ZEIK für alle auch ungefragt e-Mail-Accounts ein. Wir begrüßen, dass sich die Leitung der Universität gegen „first come – first in“-Verfahren ausspricht, nach denen Studierende in der Reihenfolge der Anmeldung Plätze erhalten. Es bestehen jedoch ernsthafte Befürchtungen, dass sich die Fakultäten und Institute nicht an die An-

weisungen der Unileitung halten werden, was zu einer fatalen sozialen Selektion bei Seminarplätzen und zu Chaos in der Uni durch Überlastung der Computernetze zu den Einschreibeterminen führen würde. So waren im Oktober z.B. einige Veranstaltungen in der Informatik schon eine Minute nach der Freischaltung voll belegt, gleichzeitig wurden drei Techniker beschäftigt, um die Systeme am laufen zu halten und in den Räumen der ZEIK kämpften SportwissenschaftlerInnen, die noch ein anderes online-System verwendeten, um Computerplätze. Die ZEIK in der Einschreibungswoche für die online-Anmeldungen

zu reservieren ist kaum möglich, da diese in der heißen Phase für viele Hausarbeiten liegt und die Computer in dieser Zeit auch ohne PULS ausgelastet sind. Die Einschreibung soll trotzdem ohne Ausbau der Computerpools auf online-Verfahren umgestellt werden.

In der nächsten Zeit soll ein Algorithmus entwickelt werden, nach dem Studierende unter Der AstA begrüßt die Kooperationsbereitschaft der Unileitung im Zusammenhang mit der online-Einschreibung, besonders nach den Problemen im letzten Jahr, und wird die Einführung der und weitere Entwicklung kritisch begleiten. UR

Studierst Du noch oder kaufst Du schon?

Fahrradgeschichten

Die Polizei verfolgt radfahrende Studierende

Kristin Marunke

Dank Deutsche Bahn, Havelbus und Vbb greifen in Potsdam bei der Fortbewegung im öffentlichen Raum viele Menschen auf's Fahrrad zurück. Lange Zeit unbeachtet und die Schleichwege Potsdams nutzend, schien dies die ultimative Alternative. Doch nach immer häufigeren und gnadenloseren Kontrollen durch die Potsdamer Polizei komme auch ich langsam ins Grübeln und greife das ein oder andere mal auf Bus und Bahn zurück. Ich möchte hier von dem krönenden Abschluß einer Woche erzählen, in der ich sage und schreibe drei mal von Beamten der Potsdamer Polizei zurechtgewiesen wurde. Hier ein kleiner Erlebnisbericht:

Ich überquere die Brandenburger Straße, entschieße mich dann doch, in sie einzubiegen. Und das obwohl mir in einiger ferne ein Polizeiwagen entgegen kommt. Also abgestiegen und geschoben. Aber ich hätte es eigentlich besser wissen sollen... Kaum auf einer Höhe angekommen, springt ein Typ aus dem Auto und fragt mich, ob ich von hier komme. Na, dann wisse ich ja auch zu welchen Zeiten hier das Fahrradfahren erlaubt sei. Klar doch, deswegen bin ich ja auch sofort nach dem Überqueren abgestiegen. Nein,

belehrt mich der grüne Mann, ich sei abgestiegen, weil ich sie hätte kommen sehen. Aha. Ich erkläre ihm meine Sicht der Dinge, aber er erklärt mir, dass seine Wahrnehmung die Entscheidende sei. Nochmal aha. Zwischendurch mischt sich noch eine ältere Dame ein. O-Ton: „Ganz recht so, dass sie die endlich mal dran kriegen. Es ist ja unglaublich, was die Fahrradfahrer hier immer lang fahren. Lassen sie die ja nicht davonkommen!“ Die Polizistin an seiner Seite beruhigt sie und schließlich auch mich, als der rundherum selbstüberzeugte Herr meine Personalien aufnimmt. Mir drängt sich immer häufiger der Eindruck auf, dass die Herren Polizisten für den durchgreifenden Teil der Arbeit zuständig sind, und die Damen den „haben Sie doch Verständnis, ich weiß ja was Sie meinen, aber der Kollege...“ Teil übernehmen, während er im Wagen mit dem Aufnehmen der Personalien beschäftigt ist. Nun ja, ich der Hoffnung nun endlich alles überstanden zu haben, vergaß den pädagogischen Anspruch der Brandenburgischen Polizei, welcher nun noch ausführlich formuliert werden sollte. Also erfahre ich, dass es ja nur um meinen und den Schutz der Fußgänger (ja, ohne Innen!) gehe. Tja, und dass es sich auch um eine Ordnungswidrigkeit handelt, wenn mensch eine Fußgängerzone mit dem Fahrrad überquert. Und

so kann ich zwar mein Fahrrad in aller Seelenruhe über die Brandenburger Straße schieben, aber es wird mir nicht nochmal einfallen, sie vorher fahrend zu überqueren und dann guten Gewissens auf weiß grün-weißes Auto zu zu schieben.

Zwei Tage später erfahre ich, dass auch die angrenzende Jägerstr. zur FußgängerInnenzone umgebaut wird. Karstadt sei Dank!

Die rechtlichen Konsequenzen aus Fahrradfahren ohne Licht etc.

Droht wie bei der BVG irgendwann eine Anzeige?

Nein. Es handelt sich bei der Polizei nicht um eine private Gesellschaft, und die Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten werden jedes Mal mit einem Bußgeld belegt. Damit hat sich's dann aber auch erledigt.

Warum werden auch bei Barzahlung die Personalien aufgenommen?

Das mögliche Bußgeld kann variieren. Das heißt im konkreten Fall beim ersten Mal vielleicht nur fünf Euro, beim 20. Mal aber möglicherweise auch 20 Euro. Und um abzuschätzen, zum wievielten mal jemand zur Kasse gebeten wird, braucht die Polizei eure Daten.

Muss diese Belehrung bei jedem Mal sein?

Nein. Das Bußgeld ist bezahlt, zur Belehrung kann euch niemand zwingen. Also bestimmt aber freundlich sagen, dass ihr leider weiter müsst.

Und grundsätzlich gilt:

Kontrollorte weitersagen, und mal abgesehen von Personalien kein Wort über persönliche Dinge (wo ihr herkommt, wo ihr hinwollt usw.)!

Kristin Marunke

Referat für Geschlechterverhältnisse
gender@asta.uni-potsdam.de

Ein klares JA! zu Recyclingpapier

Studierende, die bisher beim Kopieren umweltfreundliches Papier vermissten, könnten bereits bei der nächsten Kopie positiv überrascht sein. Denn nach mehr als einem Jahr Verhandlung kam es in der letzten Woche zwischen der Universitätsverwaltung, der Kopierfirma Canon und dem AstA der Uni Potsdam zu folgender Vereinbarung:

- Alle Studierendenkopierer der Universität werden auf Recyclingpapier umgestellt.
- Der Beginn der Umstellung erfolgt frühestens zu dem Zeitpunkt, an dem der Lagerbestand an nicht recyceltem Papier aufgebraucht ist und eine Neubestellung vorgenommen werden kann.
- Da jeder Standort unterschiedlich große Bestände des bisherigen Papiers lagert, wird die Bestückung mit Recyclingpapier uneinheitlich erfolgen und voraussichtlich erst im Februar 2005 abgeschlossen sein.
- Neben den Kopiergeräten der Universität werden auch die Drucker in den Computerpools der ZEIK mit umweltfreundlichem Papier ausgestattet. Nicht recyceltes Papier kann nur noch in der Kopierstelle im Haus 6, am Neuen Palais, gegen Bezahlung erworben werden.
- Der Preis pro Kopie beträgt weiterhin drei Cent (bei Benutzung der Kopierkarte) bzw. fünf Cent am Münzer

Auf Nachfrage des AstA wurde von den Fakultäten bzw. Fakultätsräten bestätigt, dass den Studierenden durch die Verwendung von Recyclingpapier für bspw. Haus- oder Seminararbeiten keine Nachteile entstehen.

Ein erhöhter Einsatz von recyceltem Papier ist sowohl aus ökologischen als auch sozialen Gründen ein erheblicher Schritt nach vorn, denn nach wie vor werden Urwälder der Erde für „frisches“, weißes Papier abgeholzt, gehen ganze Ökosysteme unwiederbringlich verloren. Die Papierindustrie verschmutzt dabei das Wasser, den Boden und die Luft und zerstört so systematisch die Existenzgrundlage der ansässigen Bevölkerung. Eine konsequente Verwendung von Recyclingpapier ermöglicht die Boykottierung des Urwaldrabbbaus und der dadurch bedingten Menschenrechtsverletzungen.

Mit der Umstellung der Studierendenkopierer auf Recyclingpapier setzt unsere Uni ein klares Zeichen. Alles was jetzt noch fehlt, ist die Anerkennung des Papiers durch die Studierenden der Universität. **AP**

Dein Kulturzentrum

Infobrunch mit Musik am 11. Dezember, 11 - 14 Uhr

Bandproberaum, Theatersaal, Kneipe, Werstätten, Fotolabor, Ausstellungsräume... Was könntet Ihr im KuZe wie nutzen? Die Veranstaltung wird mit einer kurzen Einführung zur derzeitigen Situation eröffnet. Es folgt eine Begehung des Geländes. Für Speis und Trank und musikalische Unterhaltung ist gesorgt. In einer offenen Gesprächsrunde sammeln wir gemeinsam Ideen und Visionen zur zukünftigen Ausgestaltung des KuZe. **Ort: Hermann-Elflein-Str. 10**
Eine Veranstaltung vom AstA der Universität Potsdam und dem ekze e.V.

Studentisches Kulturzentrum

Was war und was sein wird in den Elfleinhöfen

Katharina Ermler

Die Mietvertragsunterzeichnung

Vor ein paar Wochen war es endlich so weit. Ein langer Verhandlungsprozess fand seinen sektorkennnenden Abschluss. Der Mietvertrag für das studentische Kulturzentrum (KuZe) in der Hermann-Elflein-Str. 10 ist unterschrieben worden! Die Gesichter der UnterzeichnerInnen, der Vorstand des AstA der Universität Potsdam und Frau Köhne von der GWF-Grundwert-Gesellschaft strahlten. Auch die übrigen, zahlreich



erschienenen AstA-ReferentInnen, VertreterInnen des Vereins zur Errichtung eines studentischen Kulturzentrums in den Elfleinhöfen, kurz ekze e.V., sowie Mitglieder des offenen Kunstvereins

und natürlich der Eigentümer, Herr Garski, und die Justiziarin der UP, Frau Eschke - sie alle gossen diesen Augenblick, dem jahrelange Vorarbeit vorausging. Über 25 Jahre mietet der AstA, der Betreiber des KuZe, nun das fast 1000m² große Areal inmitten Potsdams barocker Innenstadt. Das KuZe soll ein zentraler Anlaufpunkt für die Potsdamer Studierenden werden. Ein Ort für Musik, Kunst und Theater, Ausstellungen, Lesungen und gemütliche Kneipenrunden, sowie unterschiedlichste Beratungen, soziokulturelle Arbeit und politische Bildung. Ein fester innerstädtischer Treffpunkt für Studierende.

Das „Baustellentreffen“

Die Umbauarbeiten des hinteren Gebäudekomplexes in der Hermann-Elflein-Str. 10 sind derzeit in vollem Gange. Davon konnten sich am 18. November einige VertreterInnen des AstA, des ekze e.V. und Mitglieder des offenen Kunstvereins überzeugen. Zusammen mit dem Architekten Herr Würmle und dem Bauherrn Herr Marfels besichtigten sie die „Baustelle“. Gemeinsam wurden alle Räume abgesprochen und nochmals wichtige Details besprochen. Herr Würmle erklärte die komplexen Baupläne, die Innen- und die Außenkonzepte. Auf der wöchentlichen Baubesprechung gibt es die Möglichkeit den Bau genau zu verfolgen.

Was noch alles zu tun ist

Jetzt geht's richtig los. Bis zur Eröffnung des KuZe gibt es noch einiges an Arbeit zu bewältigen. Voraussichtlich im Frühjahr nächsten Jahres wird die Stelle der GeschäftsführerIn fürs KuZe ausgeschrieben. Die Gruppen und Initiativen, die das KuZe zukünftig für ihre Aktivitäten nutzen wollen, müssen regelmäßig über den Stand der Dinge informiert werden. Zentrale Punkte werden die Erstausrüstung der Räumlichkeiten und ein Plan zur konkreten Nutzung der Räume durch Gruppen und Initiativen sein. Über das Konzept der Studierenden-Kneipe und deren Bewirtschaftung muss diskutiert werden. Vor allem ist es wichtig das KuZe unter den Studierenden weiter bekannt zu machen. Und natürlich werden die Bautätigkeiten mit Argusaugen überwacht und festgehalten. Die Filmgruppe der UP will den Umbau dokumentarisch begleiten. Das Kulturzentrum wird zum Wintersemester 2005/06 seine Pforten öffnen.

Bisherige Nutzung

In den derzeit schon fertigen Räumen in der Hermann-Elflein-Str. 10 unterhält der AstA seine „innerstädtische Botschaft“. Dort finden die BAföG- und Sozialberatung, die Semesterticket-, die Jobberatung und die Rechtsberatung statt.

Verschiedene studentische Gruppen und Initiativen, wie z.B. der AK Verkehr, up-lug und die attac-Hochschulgruppe nutzen das KuZe schon jetzt für ihre Treffen und veranstalten dort Wochenendseminare. Das Interesse am KuZe ist groß und manchmal ist der Platz schon jetzt zu knapp. Wenn ihr eine Veranstaltung plant, dann frag an: uni-stadt@asta.uni-potsdam.de

Das KunstWERK ist mit den Veranstaltungen des offenen Kunstvereins bis zur Eröffnung der Elfleinhöfe in die Räumlichkeiten der Schopenhauerstr. 16 gezogen. Dort werden Kurse in Malerei, Grafik und Plastik sowie ein Bildhauerkurs und ein Comicworkshop angeboten. Ebenfalls könnt ihr stimmlich im Chor für internationale Lieder mitwirken. Zur Zeit gibt es die Ausstellung „Der Mörder ist immer der Gärtner“ zu sehen.

Wenn ihr selbst mitgestalten wollt und/oder dem Verein zur Errichtung eines studentischen Kulturzentrums in den Elfleinhöfen, ekze e.V., beitreten wollt: Die Mitgliedsanträge gibt es im AstA-Büro am Neuen Palais und natürlich im KuZe. Der Vorstand des ekze e.V. trifft sich jeden Donnerstag um 17 Uhr im KunstWERK.

Katharina Ermler

Referat für Uni&Stadt
uni-stadt@asta.uni-potsdam.de

kurznachrichten

Volle Züge, volle Busse Mailt an zugvoll@asta.uni-potsdam.de

Menschen bleiben auf dem Bahnsteig zurück und die VertreterInnen der Bahn haben nichts mitbekommen? Wir sind zu still! Trotz der zu Stoßzeiten stark beengten Bedingungen gehen viel zu selten direkte Beschwerden bei Bus und Bahn ein. Kritik bei der Bahn wird durch komplizierte Formulare erschwert. Wir leiten euren Ärger weiter. Mit euren Informationen können wir bei Bahn oder Havelbus effektiver argumentieren. Mail an zugvoll@asta.uni-potsdam.de

Bio-Produkte in der Mensa Bio-Ecke am Neuen Palais

Reines Bio-Essen bedeutet eine Preiserhöhung, die weder AstA noch Studentenwerk (StuWe) möchten. Stattdessen ist eine erweiterte Bio-Produktpalette in Planung: Nudeln, Reis, Eier oder Kartoffeln zusätzlich zu dem wöchentlichen Bio-Salat, dem Bio-Dessert/Obst und vereinzelt Biokomponenten im Essen. Am Palais soll eine Bio-Ecke eingerichtet werden. Das StuWe bittet um mehr Rückmeldung: Lob oder Kritik bitte direkt an der Ausgabe oder der Kasse.

Wiederbelebung der Fahrradwerkstatt Mailt an oeko@asta.uni-potsdam.de

Der AstA und der studentische Arbeitskreis Verkehr wollen die Idee einer kostenlosen Fahrradwerkstatt für Studierende wiederbeleben. RadfahrerInnen sollen Räumlichkeiten angeboten werden, in denen mit dem richtigen Werkzeug Reparaturen kostenlos selbst vorgenommen werden können. Der vom Dynamo e.V. gegründeten Werkstatt in den T-Heimen mangelt es vor allem an engagierten, fahrradbegeisterten Personen, die Öffnungszeiten übernehmen.

Informationstag "Kulturzentrum" 11. Dezember, 11 - 14 Uhr

Bandproberaum, Theatersaal, Kneipe, Werstätten, Fotolabor, Ausstellungsräume... Was könntet Ihr im KuZe wie nutzen? Die Veranstaltung wird mit einer kurzen Einführung zur derzeitigen Situation eröffnet. Es folgt eine Begehung des Geländes. Für Speis und Trank und musikalische Unterhaltung ist gesorgt. In einer offenen Gesprächsrunde sammeln wir gemeinsam Ideen und Visionen zur zukünftigen Ausgestaltung des KuZe. Ort: Hermann-Elflein-Str. 10

Jobberatung aktuell Studium und Kind

Folge 2: Schwanger und gemobbt!

Niels Gatzke

Stefanie jobbt neben ihrem Jura-Studium seit zwei Jahren in einer Berliner Anwaltskanzlei. Alles ganz regulär mit Lohnsteuerkarte. Die Arbeitszeiten sind flexibel. Im Schnitt kommt sie auf etwa 15 Stunden pro Woche. Bereits vor ihrem Studium war sie in der Kanzlei als Fremdsprachen-Korrespondentin angestellt. Sie kennt die Leute, versteht sich mit allen prächtig. Einen schriftlich fixierten Arbeitsvertrag hat sie als Studentin allerdings nicht bekommen. Dennoch lief alles reibungslos. Seit Stefanie jedoch schwanger ist, sind die Anwälte der Kanzlei leider nicht mehr so freundlich zu ihr.

Seitdem wird sie gemobbt, bekommt kaum noch Arbeit zugeteilt, wird bei Besprechungen übergegangen und schikaniert. Eine Woche lang war ihr Arbeitsplatz von einer Praktikantin besetzt. Und einer der Anwälte hatte ihr schließlich nahe gelegt, die Kanzlei doch besser zu verlassen. Stefanie ist nahe dran, das Handtuch zu werfen. Das wäre doch für alle das Beste, oder?

Nein, Stefanie hat auch als Studentin die gleichen Rechte wie alle anderen Arbeitnehmerinnen. Dieser Meinung ist zumindest ihre Gewerkschaft, bei der Stefanie auch rechtsschutzversichert ist. Erste Hilfe hat sie bei der Jobberatung des DGB und AstA bekommen. Nach Ansicht der Jobberatung will sich die Kanzlei nur vor ihren Pflichten als Arbeitgeber drücken. Wer länger als einen Monat beschäftigt ist, hat gesetzlichen Anspruch auf einen schriftlichen Arbeitsvertrag. Doch auch wenn kein Arbeitsvertrag vorliegt, gelten die gesetzlichen Bestimmungen: Frauen genießen während der Schwangerschaft besonderen Schutz am Arbeitsplatz. Eine Kündigung ist nicht drin. Stefanie wird sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Entbindung im Mutterschutz sogar vollständig von der Arbeit freigestellt.

Das Mutterschaftsgeld in dieser Zeit entspricht dem Durchschnittslohn der letzten drei Monate und wird von Krankenkasse und Arbeitgeber finanziert. Auch vorher kann Stefanie zum Schutz des Kindes krankgeschrieben werden. Hier greift dann die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die gilt auch bei Nebenjobs mit variierenden Wochenarbeitszeiten. Der normale Erholungsurlaub verfällt wegen des Mutterschutzes nicht und gilt auch im Folgejahr über den 30.3. hinaus. Stefanie wird nicht klein beigegeben.

Du hasst Stress im Job? Ärger mit dem Chef? Oder suchst du einen Job und willst dich vorher erst mal über deine Rechte und Pflichten schlau machen?

Dann komm in unsere Sprechstunde!

Für alle Fragen rund ums Jobben und Studium informieren wir dich persönlich und vertraulich.

Dienstag von 15 bis 17 Uhr
Mittwoch von 11 bis 13 Uhr

Die Jobberatung findet im studentischen Kulturzentrum in der Hermann-Elflein-Straße 10 statt.

www.studiberatung-potsdam.de

Niels Gatzke
Jobberatung
beratung@studiberatung-potsdam.de

Christiane Metzner

Den Säugling mit Beruhigungsmitteln voll pumpen, ihn unter den Arm klemmen und die kurze Ruhepause für einen schnellen Besuch in der Bibliothek benutzen? Oder das Kind in unerfahrenen Händen geben, um doch mal wieder das Seminar besuchen zu können, wo man den Schein sonst vergessen kann?

Meistens gestaltet sich der Alltag der 6 % Studierenden mit Kind(-ern) nicht ganz so dramatisch, doch riesengroßer Organisationsaufwand und Durchhaltevermögen sind für die Bewältigung dieser Doppelbelastung auf jeden Fall erforderlich. Vor allem der Mangel an geeigneten Betreuungsmöglichkeiten ist oft das Haupthindernis, wegen dem sich das Studium dann doch ungewollt sehr verlängert, der Abschluss genervt in den Wind geschrieben wird oder auch gleich die Entscheidung gegen ein Kind getroffen wird. Auch für viele junge Wissenschaftlerinnen (und seltener Wissenschaftler) kommt bisher immer noch irgendwann der Punkt, an dem sie sich zwischen Kindern und Karriere entscheiden müssen, weil es ihnen nicht ermöglicht wird, beides angemessen zu vereinbaren. So nimmt die Anzahl derjenigen Eltern, die sich Kinder zeitlich oder finanziell einfach nicht leisten können, in den letzten Jahren immer mehr zu. Die Uni Potsdam hat den Anspruch, eine familienfreundliche Hochschule zu sein, bzw. es zu werden, und bis dahin sind noch einige Hürden zu nehmen.

Daher startet im Januar eine groß angelegte Umfrage zum Kinderbetreuungsbedarf und zur Lebenssituation studierender und angestellter Eltern(-teile), aus deren Ergebnissen im nächsten Jahr viele konkrete Maßnahmen abgeleitet werden sollen, um die Situation an der Uni Potsdam kinder- und elternfreundlicher zu gestalten.

Dazu ist eure Mitarbeit notwendig: Füllt den Fragebogen aus, wenn ihr bereits Kinder habt, aber auch, wenn ihr über Kinder bisher nur nachgedacht habt, oder euch sogar schon dagegen entschieden habt.

Befragung von studierenden und in Wissenschaft und Forschung tätigen Eltern(-teilen) an der Universität Potsdam zu ihrer Lebenssituation und zum Kinderbetreuungsbedarf:

Den kostenlosen Fragebogen erhalten Sie ab Dezember/Januar bei allen gut geführten Internetseiten wie z.B. www.asta.uni-potsdam.de oder bei Ihrem zuständigen Sozialpolitikreferat unter sopo@asta.uni-potsdam.de

Christiane Metzner
Referat für Sozialpolitik
[Email: sopo@asta.uni-potsdam.de](mailto:sopo@asta.uni-potsdam.de)



13. Dezember, 20 Uhr, AUDIMAX
Prof. Dr. Dr. Didine v. d. Platenvlotbrug
„Vorlesung“, Eintritt frei!

Die AstA-Referate

Referat für Fachschaften

fachschaften@asta.uni-potsdam.de
Ute Rühling (AstA-Vorsitzende)
Physik, Politikwissenschaft
initiative unabhängiger fachschaften - iuf

Referat für Finanzen

finanzen@asta.uni-potsdam.de
André Lausch (AstA-Vorstand)
Promotion Soziologie
Grün-Alternative Liste - GAL

Referat für Geschlechterverhältnisse

gender@asta.uni-potsdam.de
Sindy Brödnö (Referentin)
Germanistik/AVL
offenelinkliste - [oll]
gender@asta.uni-potsdam.de
Kristin Marunke (stellvertretende Referentin)
Psychologie
listenlos

Referat für Hochschulpolitik

hopo@asta.uni-potsdam.de
Arne Karrasch (stellv. AstA-Vorsitz)
Verwaltungswissenschaft
offenelinkliste - [oll]

Referat für Internationales

internationales@asta.uni-potsdam.de
Christian Kube
offenelinkliste - [oll]

Referat für Kultur

kultur@asta.uni-potsdam.de
Jana Bialluch (Referentin)
Soziologie
offenelinkliste - [oll]

Referat für Lehramt

lehramt@asta.uni-potsdam.de
Sven Landschreiber (Referent)
Lehramt Gymnasien Mathematik/Physik
initiative unabhängiger fachschaften - iuf

Referat für Ökologie

oeko@asta.uni-potsdam.de
Anja Prüfert (Referentin)
Geoökologie
listenlos

Referat für Sozialpolitik

sopo@asta.uni-potsdam.de
Christiane Metzner (Referentin)
Soziologie
listenlos
Juliana Schumacher (stellvertretende Referentin)
Geoökologie
listenlos

Referat für Uni&Stadt

uni-stadt@asta.uni-potsdam.de
Katharina Ermler (Referent)
Anthropogeographie
listenlos

Die AstA-Angestellten

BAföG- und Sozialberatung

bafog@asta.uni-potsdam.de
Iris Döhnert
Psychologie

Finanzen

finanzen@asta.uni-potsdam.de
Heiko Tholen (AstA-Finanzen)
Psychologie
Kai Wohlfahrt (Fachschaftsfinanzen)
Volkswirtschaftslehre

Geschäftsführung

gefu@asta.uni-potsdam.de
Frank Richarz
Philosophie/Theaterwissenschaft

Semesterticketsachbearbeitung

semesterticket@asta.uni-potsdam.de
Andrea Muchow (Sozialfonds)
Rechtswissenschaft
Manuel Schrape (Sonstige Fälle)
Politikwissenschaft

Systemadministration

computer@asta.uni-potsdam.de
Martin Schütte
Politikwissenschaft/Informatik

Die AstA-Beratungen

Alle Beratungen finden im Kulturzentrum statt:
Hermann-Elflein-Str. 10
Vorderhaus rechts
(Nähe Brandenburger Tor)

BAföG- und Sozialberatung

Iris Döhnert
dienstags von 10-15 Uhr
donnerstags von 14.30-17.30 Uhr
bafog@asta.uni-potsdam.de

Semesterticketsachbearbeitung

Andrea Muchow
Manuel Schrape
dienstags 17.00 - 19.00 Uhr
mittwochs 11.00 - 13.00 Uhr
semesterticket@asta.uni-potsdam.de

Jobberatung (mit DGB)

Niels Gatzke, Kerstin Büschel
dienstags 15 - 17 Uhr
mittwochs 11- 13 Uhr
jobberatung@asta.uni-potsdam.de

Rechtsberatung

Postdamer Rechtsanwälte
mittwochs 17-19 Uhr (14-tägig)
rechtsberatung@asta.uni-potsdam.de

Der AstA-Service

Der AstA bietet Dienstleistungen für die Studierenden an, um ihnen das alltägliche Studierenleben ein wenig leichter zu machen. Neben den Beratungen sind hier vor allem der Studiserver und die Online-Wohnungsbörse zu nennen.

Studierenden-Internetserver

zuständig: Martin Schütte
computer@asta.uni-potsdam.de
<http://www.stud.uni-potsdam.de>

Online-Wohnungsbörse

zuständig: Holger Hoffmann
wb@asta.uni-potsdam.de
<http://www.asta.uni-potsdam.de/wohnen/>

Kinderzimmer Golm (Villa Infantiae)

Haus 18, Raum 1.30/31
zuständig: Christiane Metzner
Raumnutzung in Eigenverantwortung
sopo@asta.uni-potsdam.de

Die AstA-Öffnungszeiten

montags:
10.30 - 13.00 Uhr,
13.30 - 16.00 Uhr

dienstags:
10.30 - 13.00 Uhr
13.30 - 16.00 Uhr

mittwochs:
keine Sprechzeiten

donnerstags:
10.30 - 13.00 Uhr
13.30 - 16.00 Uhr

freitags:
9.30 - 12.00 Uhr
(Büro Neues Palais, Haus 6, Raum 0.16)

AstA-Sitzung
dienstags: 17 Uhr
(Büro Neues Palais, Haus 6, Raum 0.12)

Anträge an den AstA:
antraege@asta.uni-potsdam.de

Bitte angeben:
AntragstellerInnen mit Kontaktadresse
Studierende/r der Uni Potsdam: ja/nein
Antragstext und - begründung
Bei Finanzanträgen: Kostenplan

Impressum

Herausgeber
7. Allgemeiner Studierendenausschuss 04/05
Universität Potsdam
Postfach 60 15 53
D-14415 Potsdam

Tel: (+49)331-977-1225
FAX: (+49)331-977-1795
Email: info@asta.uni-potsdam.de
Website: <http://www.asta.uni-potsdam.de>

V.i.S.d.P.
AstA-Vorstand 04/05:
Ute Rühling
Arne Karrasch
André Lausch